

# Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.

Gründer und verantwortlicher Planer / Organisator der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Am Buschkamp 10  
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840  
Fax (0 20 51) 603841  
Mobil 0171-6853504  
albin.ockl@euro-online.de  
www.euro-online.de

Vorab per Fax an 0211-7770-2373

**Sozialgericht Düsseldorf**  
**39.Kammer**  
**S 39 P 19/19**

**Ludwig-Erhard-Allee 21**  
**40227 Düsseldorf**

10.Februar 2019

Aktenzeichen **S 39 P 19/19**

DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G. Hauptverwaltung (Kläger,  
Versicherungsträger, Mittäter politisch motivierter Zerschlagungen)  
gegen

Albin L. Ockl (Beklagter, Versicherungsnehmer, Opfer politisch motivierter  
Zerschlagungen)

**Missbrauch deutscher Justiz für  
soziale und psychische Zerschlagung  
im Umfeld von politisch motivierter Sippenzerschlagung  
mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und  
mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden Zerschlagungsopfer  
Kein Weiter so!**

**Zurückweisung aller Zwangsmaßnahmen  
der sozialen und psychischen Zerschlagung**

Die detaillierten Ausführungen zu bisherigen Verfahren sind zusätzlich in der  
Internet-Cloud einsehbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf>

**Hier:** Schriftliche Äußerung (Erwiderung) zu einer nicht zugesandten Klage vom  
12.09.2019 gemäß Anschreiben vom 15.Januar 2019 (eingegangen am  
19.Januar 2019) unter Hinweis auf das vorhergehende Verfahren

**Stellungnahme** gemäß sozialgerichtlicher Aufforderung  
zu einer nicht zugesandten Klage vom 12.09.2018:

**01. Unbekannt/dubios: Klage vom 12.09.2018 mit Aufforderung zu  
Stellungnahme, ohne diese zu kennen  
Grundlage des Rechtsstaats ist das Grundgesetz  
Faktenlage 2019 bei Eröffnung des Verfahrens S 39 P 19/19  
parallel zum Verfahren S 39 P 231/12 und Befangenheitsverfahren  
Missbrauch deutscher Justiz für  
soziale und psychische Zerschlagung  
im Umfeld von politisch motivierter Sippenzerschlagung  
mit einer Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und  
mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden Zerschlagungsopfer  
Kein Weiter so!  
Zurückweisung aller Zwangsmaßnahmen  
der sozialen und psychischen Zerschlagung**

**02. Soziale und psychische Zerschlagung (Wahrheit 22 / 23):  
Fortsetzung der politisch motivierten Sippenzerschlagung  
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe  
mit Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer),  
mit kapitalen Vermögensschäden bis in staatlich erzwungene  
Altersarmut mit Benutzungszwang von Pfändungsschutzkonto,  
mit Rufmord und Zerschlagung der deutschen Heimat  
am Wohnort und am Geburtsort,  
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des  
Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen  
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa.  
Verantwortlich für heimtückische Umverteilungspolitik und  
perverse Zerschlagungspolitik seit 1998:  
**Bundespräsident Frank Walter Steinmeier**  
Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)  
Vergangenheitsbewältigung und nur die Wahrheit!  
Immunitätsaufhebung gerichtlich beantragt,  
zusätzlich mit persönlichem Schreiben an den  
Präsidenten des Deutschen Bundestags und an den  
Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts,  
gegen eine Mauer des Schweigens:  
23 Wahrheiten mit erdrückender Beweislage.**

**03. Psychische und soziale Zerschlagung (Wahrheit 22 und 23):  
Fortsetzung der politisch motivierten Sippenzerschlagung  
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe  
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit  
Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und  
Europa: Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,  
sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit Beteiligung an seinem  
Lebenswerk nachgewiesen wie  
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und  
EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :  
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und  
Verwaltung . . . . .**

**04. Soziale und psychische Zerschlagung (Wahrheit 22 und 23):  
Sozialgerichte von Staatsanwaltschaft für Fortsetzung der  
politisch motivierten Sippenzerschlagung missbraucht  
Missbrauch deutscher Justiz im  
parallelem Sozialgerichtsverfahren S 39 P 231/12 mit  
Befangenheitsverfahren:  
Staatlich erzwungene Altersarmut von skrupellosen Staatsanwälten  
gnadenlos ausgenutzt für soziale und psychische Zerschlagung  
mit perversen "Ordnungswidrigkeitsverfahren",  
mit Missbrauch von Staatsgewalt, mit tumben Gerichtsvollzieher-Attacken,  
mit Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erziehungshaft, und  
mit anschließenden Sozialgerichtsverfahren  
*trotz eines herausragenden Lebenswerkes des  
Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen  
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa***

**05. Soziale und psychische Zerschlagung (Wahrheit 22 und 23):  
Sozialgerichte von Staatsanwaltschaft für Fortsetzung der  
politisch motivierten Sippenzerschlagung missbraucht  
Missbrauch von unnötigen Mahnverfahren zur absichtlichen  
Schädigung des Zerschlagungsopfers durch Kostenmaximierung  
mit Gerichtsverfahren trotz ausführlicher Information  
Zurückweisung unerträglicher Diskriminierung: Beklagter ist  
nicht der Täter, sondern das Opfer, hier das Opfer sozialer und  
psychischer Zerschlagung in Fortsetzung von politisch  
motivierter Sippenzerschlagung  
Nachweis richterlicher Befangenheit in parallelem Befangenheitsverfahren  
im Zusammenhang mit diesem Verfahren  
Daher: Zurückweisung aller Kosten durch unnötige Mahnverfahren und  
sonstiger Zwangsmassnahmen und Kosten des Gerichtsverfahrens  
trotz ausführlicher Informationen an Staatsanwälte, an Kläger und ihre  
Rechtsanwälte  
trotz Anträge in den verwaltungsgerichtlichen Verfahren auf schnelle  
Härteleistungen und vorrangigen Schadenersatz für Verrechnung mit  
ausstehenden Sozialabgaben.**

**06. Soziale und psychische Zerschlagung (Wahrheit 22 und 23):  
Missbrauch horrender Beitragsrückstände seit 2010 zur finalen  
Zerschlagung trotz erdrückender Beweislage zu Sippenzerschlagung mit  
Zerschlagung 1, Zerschlagung 2 und Zerschlagung 3, vorgelegt in allen  
Instanzen ordentlicher Gerichtsbarkeit und Verwaltungsgerichtsbarkeit bis  
zum Bundesverfassungsgericht  
Daher: Antrag auf Verrechnung der Sozialversicherungsbeiträge mit  
Schmerzensgeld und Schadenersatz für politisch motivierte  
Sippenzerschlagung mit Todesopfer und kapitalen Vermögensschäden,  
beklagt an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf  
Kein Weiter so! Daher:  
**Antrag auf Immunitätsaufhebung des  
Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier  
wegen seiner politischen Vergangenheit als Chef des Bundeskanzleramtes  
von 1999-2005 mit krimineller Durchsetzung seiner beklagten  
Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik gegen die Sippe des  
Zerschlagungsopfers und die Fortsetzung mit sozialer und psychischer  
Zerschlagung durch weisungsgebundene Staatsanwaltschaften****

Die detaillierten Ausführungen zu den einzelnen Kapiteln sind zusätzlich in der  
Internet-Dokumentation einsehbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS3.pdf>

**Zu 01. Unbekannt/dubios: Klage vom 12.09.2018 mit Aufforderung zu  
Stellungnahme, ohne diese zu kennen  
Grundlage des Rechtsstaats ist das Grundgesetz  
Faktenlage 2019 bei Eröffnung des Verfahrens S 39 P 19/19  
parallel zum Verfahren S 39 P 231/12 und Befangenheitsverfahren  
Missbrauch deutscher Justiz für  
soziale und psychische Zerschlagung  
im Umfeld von politisch motivierter Sippenzerschlagung  
mit einer Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und  
mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden Zerschlagungsopfer  
Kein Weiter so!  
Zurückweisung aller Zwangsmaßnahmen  
der sozialen und psychischen Zerschlagung**

Der Beklagte soll Stellung nehmen  
**zu einer nicht zugesandten Klage vom 12.09.2018**, die ihm offensichtlich  
vorenthalten wird. Trotz schriftlicher Anforderung der Klage per Fax vom  
01.02.2019. Stellungnahme innerhalb eines Monats wird vorgegeben. Offensichtlich  
wird ein Kläger vorgetäuscht. Der tatsächliche Kläger, ein beauftragter  
Staatsanwalt, der wie ein Prozessbevollmächtigter agiert, will offensichtlich nicht  
genannt werden. Sieh **Anlage SGD2-2019-00**  
Anforderung einer vorenthaltenen Anklage vom 12.09.2018, schnellstmögliche  
Zusendung vom Beklagten mit Fax vom 01.02.2019 beantragt (Schreiben des  
Sozialgerichts vom 15.01.2019 am 19.01.2019 eingegangen)

Grundlage des deutschen Rechtsstaats ist das Grundgesetz.  
Voraussetzung für jede Rechtsanwendung ist der Respekt vor dem Grundgesetz  
mit Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten.  
**Der Beklagte ist nicht der Täter, sondern das zu respektierende Opfer.**  
Opfer von politisch motivierter Sippenzerschlagung  
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe,  
mit einer Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und  
mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden Zerschlagungsopfer.  
**Politisch motivierte Sippenzerschlagung ist das Ergebnis einer kriminellen  
Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik**  
unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998 und  
unter Verantwortung einer weisungsgebundenen, bundesweit tätigen,  
skrupellosen Staatsanwaltschaft, die mit Zwangsmaßnahmen der sozialen und  
psychischen Zerschlagung eine kriminelle Zerschlagungspolitik immer noch  
fortsetzt,  
**trotz eines herausragenden Lebenswerkes des  
Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen  
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa,  
trotz erdrückender, Ordner-Reihen füllender Beweislage**  
zu Schadenersatz-Anspruch in 2-stelliger Millionenhöhe  
mit staatlich erzwungener Altersarmut  
mit Nutzungszwang zu Pfändungsschutz-Konto  
nach Auflösung ansehnlicher Altersrücklagen bis 2010 und  
trotz juristischer Anstrengungen  
für öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz seit 2010,  
ohne Versicherungsleistungen sozialer Pflichtversicherungen seit 2010.

**Kein Weiter so!**

Zurückweisung aller Zwangsmaßnahmen der sozialen und psychischen  
Zerschlagung unter direkter Verantwortung des beklagten Bundeskanzleramtes,  
stellvertretend für die beklagte Bundesregierung in politisch motivierter Kumpanei  
mit dem beklagten öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

### **Zuständig für öffentliche Rehabilitation und Schadenersatz**

sind die Verwaltungsgerichte Berlin und Düsseldorf:

**Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14),**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf>

Scroll down after link (page 242)

**Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf>

Scroll down after link (page 280)

Das Zerschlagungsopfer **bestreitet nicht** die Rechtmäßigkeit von Versicherungsbeiträgen zu sozialen Pflichtversicherungen und **fordert ihre Verrechnung mit hohem Schadenersatz bei staatlich erzwungener Altersarmut.**

**Zurückweisung aller Kosten für Zwangsmassnahmen wird eingefordert,** z.B. aller Kosten für Mahnverfahren, für anschließende Gerichtsverfahren, weil bis heute rechtliches Gehör für eine erdrückende Beweislage versagt wird, weil die Täter (Kläger und deren Rechtsanwälte, Staatsanwälte) in voller Kenntnis der Faktenlage die Kosten verursacht und erzwungen haben und jetzt Kostenmaximierung zu Lasten des Zerschlagungsopfers betreiben.

Das Zerschlagungsopfer hat mit 2 Briefen an

**Bundespräsident Frank Walter Steinmeier**

**Chef des Bundeskanzleramtes** (1999-2005)

um seine Stellungnahme zum Ergebnis der Branchenumverteilungspolitik unter seiner Verantwortung als Chef des Bundeskanzleramtes gebeten. Die Briefe, auch an den Verwaltungsgerichten vorgelegt, sind zusätzlich in einer vernetzten Internet-Dokumentation nachlesbar:

Sieh Anlage SGD2-2019-02 Seite 10:

**Wahrheit 04:** Das noch lebende Zerschlagungsopfer hat den heutigen Bundespräsidenten zweimal angeschrieben und um Stellungnahme gebeten, **ohne eine Antwort zu erhalten.**

Erstes Schreiben vom 10.Juni 2018

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf>

Zweites Schreiben vom 25.Juli 2018

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf>

Scroll down after link (page 22)

Weil das Zerschlagungsopfer bis heute keine Antwort auf seine Briefe an den Bundespräsidenten erhalten hat, ist

**seine Immunitätsaufhebung** in Anbetracht seiner direkten Verantwortung als Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005) im Interesse der Wahrheit (sieh Wahrheiten 01 bis 23) zwingend und sowohl bei den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf als auch beim Präsidenten des Deutschen Bundestags beantragt: Sieh **Anlage SGD2-2019-01**

Antrag auf Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland Frank-Walter Steinmeier mit Schreiben vom 15.Januar 2019 an den Bundestagspräsidenten

**Anlage SGD2-2019-02**

Presseinformation Nr.10 als Anlage zum Antrag auf Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland Frank-Walter Steinmeier

**Zu 02. Soziale und psychische Zerschlagung (Wahrheit 22 / 23):  
Fortsetzung der politisch motivierten Sippenzerschlagung  
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe  
mit Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer),  
mit kapitalen Vermögensschäden bis in staatlich erzwungene  
Altersarmut mit Benutzungszwang von Pfändungsschutzkonto,  
mit Rufmord und Zerschlagung der deutschen Heimat  
am Wohnort und am Geburtsort,  
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des  
Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen  
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa.  
Verantwortlich für heimtückische Umverteilungspolitik und  
perverse Zerschlagungspolitik seit 1998:**

**Bundespräsident Frank Walter Steinmeier**

**Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)**

**Vergangenheitsbewältigung und nur die Wahrheit!**

**Immunitätsaufhebung gerichtlich beantragt,**

**zusätzlich mit persönlichem Schreiben an den  
Präsidenten des Deutschen Bundestags und an den**

**Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts,**

**gegen eine Mauer des Schweigens:**

**23 Wahrheiten mit erdrückender Beweislage.**

Wenn ein deutscher Bundespräsident nicht antworten will und  
keine Brücken bauen will, hat er einen Grund,  
einen Grund, den er lieber verschweigen möchte:

**Seine Vergangenheit**

**als Chef des Bundeskanzleramtes 1999-2005.**

Das Zerschlagungsopfer hat den Bundespräsidenten zweimal angeschrieben und  
um Stellungnahme gebeten, hat aber keine Antwort erhalten:

**Daher: Immunitätsaufhebung von  
Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier**

**gerichtlich beantragt:**

**beim Verwaltungsgericht Berlin (VG 27 K 308.14) und**

**beim Verwaltungsgericht Düsseldorf (27 K 4325/18)**

**in Kopie an das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe (2 BvR 1299/18)**

mit einer übersichtlichen Darstellung von 23 Wahrheiten und  
mit einer erdrückenden, Ordner-Reihen füllenden Beweislage.

Der Präsident des Deutschen Bundestags sowie der Präsident des  
Bundesverfassungsgericht wurden persönlich und amtlich darüber informiert. Mit  
Schreiben vom 15.Januar 2019 an den Präsidenten des Deutschen Bundestags  
wurde die Immunitätsaufhebung auch im Deutschen Bundestag beantragt: Sieh  
**Anlage SGD2-2019-01**

Antrag auf Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten der Bundesrepublik  
Deutschland Frank-Walter Steinmeier mit Schreiben vom 15.Januar 2019 an den  
Bundestagspräsidenten

**⊗ Warum schweigt der deutsche Bundespräsident? 23 Wahrheiten  
gegen eine Menschenrechte verletzende Mauer des Schweigens.**

Es geht um seine Vergangenheitsbewältigung in der Zeit 1999 bis 2005.

**Frank Walter Steinmeier** war Chef des Bundeskanzleramtes unter  
Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998 bis 2005) und in den Jahren vorher sein  
Büroleiter (seit 1993), in den Jahren danach Bundesminister unter  
Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Der Verfasser ist nicht nur Opfer einer politisch motivierten Zerschlagung im Zuge einer pervertierten Umverteilungspolitik, sondern diese getoppt mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten, politisch motivierten Sippenzerschlagung, mit Verlust eines nahestehenden Menschenlebens infolge einer staatlichen Treib- und Hetzjagd bis in den Tod.

Dies ist das Werk einer weisungsgebundenen Staatsanwaltschaft, die einen Weisungsgeber hat:

**das beklagte Bundeskanzleramt**, dessen Chef eine kriminelle Sippenzerschlagung seit 1998 nicht nur zugelassen hat, sondern mit der Sippenzerschlagung eine irreversible Tatsache schaffen wollte:

**Bundesweite politisch motivierte Sippenzerschlagung** ist das Werk einer weisungsgebundenen, bundesweit tätigen, skrupellosen Staatsanwaltschaft, die heute immer noch als Täter mit Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erziehungshilfe trotz staatlich erzwungener Altersarmut staatliche Übergriffe mit Missbrauch von Staatsgewalt erzwingt

Der Beklagte ist nicht nur Opfer einer politisch motivierten Zerschlagung im Zuge einer pervertierten Umverteilungspolitik, sondern diese getoppt mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten, politisch motivierten Sippenzerschlagung, mit Verlust eines nahestehenden Menschenlebens (Todesopfer) nach einer staatlichen Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (2012).

Frank-Walter Steinmeier kann sich nicht hinter dem zu respektierenden Bundespräsidenten verstecken, wenn die Stellungnahme zu seiner Vergangenheit erforderlich ist.

**Nur die Wahrheit zählt für seine Vergangenheitsbewältigung.**

**Wahrheit 01:** Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung der Zerschlagungsopfer mit **Verlust eines Menschenlebens, Freiheitsberaubung mit psychischer Folter, Zerschlagung der deutschen Heimat, soziale Zerschlagung, Rufmord und kapitale Vermögensschäden, trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa:** Ergebnis einer

**heimtückischen Umverteilungspolitik und perversen Zerschlagungspolitik unter der Amtszeit von Frank-Walter Steinmeier als Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)**

**Wahrheit 02:** Die Durchsetzung der Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik wurde mit einem Monster-Markteingriff der staatlichen UMTS-Auktion 2000 erzwungen.

**Die Ausführung der staatlichen UMTS-Auktion 2000 war nur rechtswidrig**, indem der Innovationsmarkt nachhaltig zerstört wurde, mit verheerenden Auswirkungen auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt (Aushebelung des Telekommunikationsgesetzes durch massive Verstöße gegen Regulierungsziele gemäß §2 Abs.2 TKG).

**Der zusätzliche Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 für eine vernichtende Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik** ist ein skandalöser Frontalangriff auf das Grundgesetz. Siehe Presseinformation Nr.8 Seite 2.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1809.pdf>

**Wahrheit 03:** Die Eskalation zu einer bundesweiten Sippenzerschlagung mit einer Treib- und Hetzjagd bis in den Tod ist das Werk einer skrupellosen Staatsanwaltschaft, die hinter einer Mauer des Schweigens bis heute ständig neue staatliche Übergriffe produziert:

> **Der Deutsche Bundespräsident schweigt**

> **Die Bundeskanzlerin schweigt**

> **Das beklagte Bundeskanzleramt schweigt**

> **Der beklagte Freistaat Bayern schweigt**

> **Der beklagte öffentlich-rechtliche Rundfunk schweigt,**

letzterer hat eine langjährige, bis heute wirksame Rundfunksperre festgelegt zu den ungeheuerlichen Vorgängen einer heimtückischen Umverteilungspolitik, pervertiert zu einer Menschenrechte verletzenden Zerschlagungspolitik.

**Wahrheit 04:** Das noch lebende Zerschlagungsopfer hat den heutigen Bundespräsidenten zweimal angeschrieben und um Stellungnahme gebeten, **ohne eine Antwort zu erhalten.**

Erstes Schreiben vom 10. Juni 2018

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf>

Zweites Schreiben vom 25. Juli 2018

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf>

Scroll down after link (page 22)

**"Eine Brücke zu bauen, so verstehe ich meine Rolle als Bundespräsident" sind die Worte des Bundespräsidenten in anderen Zusammenhängen.**

**Das Zerschlagungsopfer:**

"Wir wollen eine **Brücke** zum professionellen Wiederaufbau unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution (Antrag im Rahmen der Rehabilitierung beim Verwaltungsgericht Berlin).

Wir wollen eine **Brücke** zur öffentlichen Rehabilitierung unserer Sippe einschließlich des Unrechts an meinem Bruder nach seiner Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Klage beim Verwaltungsgericht Berlin und Verwaltungsgericht Düsseldorf und Landgericht Wuppertal) und Schadenersatz."

**Frank-Walter Steinmeier schweigt**, als ob diese Briefe seine Vergangenheit, seine Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik nicht betreffen würden.

**Wahrheit 05:** Das Amt des Bundespräsidenten wird durch den Amtsträger selbst beschädigt, wenn seine Beteiligung an der Mauer des Schweigens weiter besteht. Stellungnahme unverzichtbar.

Wenn ein deutscher Bundespräsident nicht antworten will und keine Brücken bauen will, hat er einen Grund:

Einen Grund, den er hier lieber verschweigen möchte:

**Seine Vergangenheit als**

**Chef des Bundeskanzleramtes 1999-2005:**

Vergangenheitsbewältigung und nur die Wahrheit sind überfällig.

Nach 2005 wurde Steinmeier Bundesminister im Kabinett von Bundeskanzlerin Angela Merkel, in 2007 zusätzlich Vizekanzler bis 2009. **Seitdem schweigt auch die Bundeskanzlerin.**

So wurde die Mauer des Schweigens nachhaltig undurchdringbar gemacht, von einer regierenden Generation seit 1998 bis heute.

**Wahrheit 06:** Frank-Walter Steinmeier, Chef des Bundeskanzleramtes von 1999 bis 2005, verantwortlich für Durchsetzung der Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der Bundesregierung unter Gerhard Schröder.

Zerschlagungsmasse: Die Europäischen Congressmessen des Opfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, mit den führenden Congressen für Innovationstransfer und Innovationswachstum, Leitveranstaltung der "New Economy" 2000



Zerschlagungsziel: Umverteilung der Digitalbranche zugunsten der Automobilbranche ("Autokanzler" Schröder als Macher, VW-Vorstand Hartz als Helfer) nach Einbruch der Digitalbranche mit verheerenden Folgewirkungen für gesamte Wirtschaft und Arbeitsplätze, in Abstimmung mit den Gewerkschaften (zu wenige Mitglieder in der IT-Branche), in Abstimmung mit dem Öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der von der Zerschlagung der Europäischen Congressmessen profitieren wollte (mit Phoenix seit 1997, mit neuen Polit-Magazinen, mit eigenen Kongressen)  
**Fortsetzung: Sieh Wahrheit 11.**

**Wahrheit 07: Heimtückische und nachhaltige Zerschlagung mit einer Mauer des Schweigens, mit Unterstützung durch eine weisungsgebundene, bundesweit tätige und skrupellose Staatsanwaltschaft**

Nicht nur Zerschlagung der Europäischen Congressmessen war das Ziel. Der professionelle Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen sollte unterbunden werden. Die Zerschlagung sollte endgültig sein, Rehabilitierung und Schadenersatz sollte unterbunden werden.

Sieh Antrag auf professionellen Wiederaufbau der Congressmessen am Verwaltungsgericht Berlin (Rehabilitierungsantrag bis heute ohne jede Chance).

**Nachhaltige Durchsetzung mit einer Mauer des Schweigens seit 1998** über die verschwiegene Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik bis heute, **nachhaltig**

mit einer politisch motivierten Sippenzerschlagung, mit Unterstützung durch eine weisungsgebundene, bundesweit tätige und skrupellose Staatsanwaltschaft, mit einer Treib- und Hetzjagd bis in den Tod, mit sozialer und psychischer Zerschlagung nach Eintritt von politisch erzwungener Altersarmut.

**Wahrheit 08: Zerschlagung der Weltklasse-Höchstleistungen mit den Europäischen Congressmessen für digitale Evolution  
Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa sind das Lebenswerk des lebenden Zerschlagungsopfers,**

das in 1998 von der Bundesregierung zur Zerschlagung freigegeben wurde und das vielen Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung bekannt ist, weil sie Teil dieses Lebenswerkes geworden sind:

**Die Europäischen Congressmessen für digitale Evolution.**

**Das weltweit größte Congressangebot mit Dokumentation zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation**

war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen, und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang.

**Mehrere 100.000 Congressbände mit ISBN-Nummerierung (beispielsweise, nicht subventioniert) wurden zum Aufbau der Digital-Branche von ihm in Deutschland auf eigene Kosten investiert und eingesetzt:**

Die Europäischen Congressmessen sind eine Weiterentwicklung seiner ONLINE-Seminare, führend in Mitteleuropa, die das Zerschlagungsopfer in den 1970er Jahren als Unternehmensberater ohne Subventionen aufgebaut und in Deutschland, Österreich und der Schweiz durchgeführt hat.

**Wahrheit 09: Exzesse der Zerschlagung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und Eskalation zur Sippenzerschlagung**

**Politisch motivierte Zerschlagung seines Bruders mit einer Treib- und Hetzjagd bis in den Tod, Zerschlagung seiner deutschen Heimat**

Das lebende Zerschlagungsopfer ist einziger Rechtsnachfolger nach einer Hexenjagd gegen seinen Bruder seit 1998 (!) bis in den Tod (Juli 2012), im Landkreis Tirschenreuth (nördliche Oberpfalz/Bayern).

Das verstorbene Zerschlagungsopfer war Inhaber eines qualifizierten Lebensmittelbetriebs (Bäckerei- und Konditoreiprodukte mit Premium-Auszeichnungen anerkannter Institutionen, z.B. Goldmedaille auf der Internationalen Grünen Woche in Berlin u.a., mit Verkauf über ca. 40 Verkaufsstellen von EDEKA), Inhaber eines Tourismus-attraktiven Damwild-Geheges und einer Wasser-Turbinenanlage zur regenerativen, ökologischen Energieerzeugung.

**Nach bundesweit "Vogelfrei" zum Abschuss der Sippe durch eine skrupellose Staatsanwaltschaft seit 1998:**

**Keine Chance für den Verstorbenen! Bayerische Staatsanwälte mit Wissen der Bayerischen Landesregierung haben kooperiert mit krimineller Zerschlagungsarbeit. Deutsche Staatsanwälte auf der Hetzjagd auf seinen Rechtsnachfolger in NRW haben die Zerschlagung fortgesetzt.**

Seit Ende der 90er Jahren (1998) hat sich sein Bruder vergeblich gewehrt, dass auf seinem Hofgrundstück von der Verwaltungsgemeinschaft Mitterteich (einschließlich Gemeinde Leonberg) ein Wahlkampfprojekt umgesetzt wurde:

**eine Pumpwerksanlage des regionalen Fäkalien-Abwassernetzes** in 10m Entfernung von seinem Lebensmittelbetrieb, mit bestialisch stinkenden Emissionen bei stunden- und tagelangen Störfällen mit Rohrbrüchen (offensichtlich eingeplant), in 5m-Entfernung von seinem Lebensmittelbetrieb, in Existenz bedrohender Weise für seinen Lebensmittelbetrieb mit qualifizierten, immer wieder prämierten Bäckerei- und Konditoreiprodukten (keine Massenproduktion).

**Wahrheit 10: Horrender Schaden in 2stelliger Millionenhöhe.**

**Ohne Grundrechte: Verlust eines nahe stehenden Menschenlebens, Missbrauch deutscher Justiz für finale Zerschlagung, Freiheitsberaubung mit psychischer Folter, mehrfacher Rufmord, soziale und psychische Zerschlagung . . .**

Politisch erzwungene Altersarmut hat eine einzige Ursache: Politisch motivierte Sippenzerschlagung.

Politisch motivierte Sippenzerschlagung ist das Werk bundesweit tätiger, skrupelloser Staatsanwaltschaften, die nach Bedarf diskriminieren und diffamieren mit Unterstützung durch eine Mauer des Schweigens

**Hasskriminelle Eskalation: Staatsanwälte, verantwortlich für politisch motivierte Sippenzerschlagung, organisieren jetzt Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft**

> Vom Zerschlagungsopfer zum Justizopfer, zum Beispiel Verwaltungsgericht Düsseldorf:

**Klage auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz wegen Mitwirkung bei politisch motivierten Zerschlagungen gegen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk wird reduziert und umgedeutet auf**

Klage wegen Rundfunkgebühren gegen den WDR trotz ständiger Beteuerung des Zerschlagungsopfers, dass er Rundfunkgebühren nicht beklagt.

> Vom Zerschlagungsopfer zum Justizopfer, zum Beispiel  
Verwaltungsgericht Berlin: **Rehabilitierungsantrag für professionellen Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen mit selbst-finanzierten Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution ohne Beantwortung bis heute!**

Die Kosten für den Wiederaufbau werden auf **50 Mio €** geschätzt. Der beklagte zusätzliche Schaden wird auf **38 Mio €** berechnet, Berechnungen mit erdrückender Beweislage den Verwaltungsgerichten längst vorgelegt.

**Der Verlust eines Menschenlebens ist nicht zu ersetzen.** Selbst mehrfache Anträge auf schnelle Härteleistungen werden von einem Bundesamt für Justiz zurückgewiesen, weil es lieber Gerichtskosten für verfassungswidriges Versagen und Vortäuschen von rechtlichem Gehör vollstrecken möchte.

**Wahrheit 11: Frank-Walter Steinmeier, Chef des Bundeskanzleramtes von 1999 bis 2005, war verantwortlich für die Durchsetzung einer gigantischen, mit Auto-Gewerkschaften heimlich abgestimmten Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der Bundesregierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder (Wahrheit 06).**

Er hat die Zerschlagung der Europäischen Congressmessen ONLINE unter Missbrauch staatlicher Hoheitsakte heimtückisch, ohne Wissen des Zerschlagungsopfers, geplant und die verheerenden Folgewirkungen eines Monster-Markteingriffes infolge rechtswidriger Ausführung der staatlichen UMTS-Auktion 2000 missbräuchlich genutzt, um die vernichtende Zerschlagung der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution (weltweit herausragendes Lebenswerk des Zerschlagungsopfers) rücksichtslos durchzusetzen.

**Warum?** Die Europäischen Congressmessen des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, mit den führenden Congressen für Innovationstransfer und Innovationswachstum, mit Digital-Gipfel-Programm in Deutschland und Europa, sie waren als Leitveranstaltung der "New Economy" 2000 eine **attraktive Zerschlagungsmasse**, ihre Zerschlagung war der Schlüssel zur Umverteilung der Digitalbranche zugunsten der Automobilbranche

**("Autokanzler" Gerhard Schröder als Macher, VW-Vorstand und IG Metall Gewerkschaftsmitglied Peter Hartz als Helfer).**

Nach katastrophalen Einbruch im Innovationsbereich, nach Zerstörung des Innovationsmarktes der Digitalbranche unter den verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit dem weltweit größten Auktionsbetrag, **desaströs für die Digitalbranche und die gesamte Wirtschaft**, weil dem Monster-Markteingriff ruinöse Auswirkungen für die gesamte Wirtschaft und für ihre Arbeitsplätze zwangsläufig folgten, **desaströs für den "Auto-Kanzler"**, der damit sein vorzeitiges Regierungsende herbeiführt hat,

**desaströs für viele Arbeitnehmer(innen)**, die ohne ihr Verschulden ihren Arbeitsplatz verloren haben und mit HARTZ IV und Agenda 2010 dieses Desaster ertragen mußten,  
**desaströs für das Zerschlagungsopfer**, weil sein Lebenswerk trotz Weltklasse-Höchstleistungen zerstört wurde und  
**eine nachfolgende Bundeskanzlerin** keine Staatshaftung und keinen Wiederaufbau trotz hervorragender Kompetenz des Zerschlagungsopfers zulassen wollte,  
**nur eine Menschenrechte verletzende Mauer des Schweigens**, mit der die Umverteilung und Zerschlagung rücksichtslos erzwungen wurde,  
**in Abstimmung mit den Gewerkschaften** (IG Metall, Ver.di / Deutsche Postgewerkschaft, zu wenige Gewerkschaftsmitglieder in der ITK-Branche),  
**in Abstimmung mit dem Öffentlich-rechtlichen Rundfunk**, der von der Zerschlagung der Europäischen Congressmessen profitieren wollte (mit neuem Sendekanal Phoenix seit 1997, mit neuen Polit-Magazinen, mit eigenen Kongressen). Sieh neue Klage 27 K 4325/18 am Verwaltungsgericht Düsseldorf seit Mai 2018:  
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf>  
unter Verantwortung der regierenden Generation:  
> **Bundeskanzler Gerhard Schröder** (1998-2005)  
> **Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier** (1999-2005)  
> **Bundeskanzlerin Angela Merkel** (2005-20XX)

**Wahrheit 12: Gewerkschaften mehrfach in den VIP-Referaten der Europäischen Congressmessen ONLINE vertreten, u.a. mit Kurt van Haaren, dem Vorsitzenden der Deutschen Postgewerkschaft (DPG, seit 2001 Ver.di):**  
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211>

**Kurt van Haaren**, Vorsitzender des Hauptvorstandes 1982-2001, DEUTSCHE POSTGEWERKSCHAFT (DPG), Frankfurt/Main, auf der ONLINE'93: **"Zukunft statt Ausverkauf! – Das Konzept der Deutschen Postgewerkschaft für die Reform der Deutschen Bundespost"**

Das Zerschlagungsopfer hatte ein gutes Verhältnis zu dem Vorsitzenden des Hauptvorstandes der Deutschen Postgewerkschaft (DPG), sodass dieser sogar ein zweites Mal referierte auf der ONLINE'98: **"Der liberalisierte Telekommunikationsmarkt auf dem Prüfstand: Der Markt allein wird es nicht richten"**. Das Zerschlagungsopfer hat bewusst kritische Gewerkschaftsreferate in das Programm genommen, um eine qualifizierte Problemdiskussion zu unterstützen.

**Kurt van Haaren hat die Umverteilung und Zerschlagung nicht mitgetragen**, er hat sich in 2001 aus den Gewerkschaften zurückgezogen.

**Peter Hartz, Mitglied der SPD und der IG Metall, war** nicht nur Namensgeber für die Arbeitsmarkt-Reform nach 2001 v.a. zugunsten der Automobilbranche (HARTZ-Konzept der Agenda 2010), sondern auch als VW-Personalvorstand bis Juli 2005 ein skrupelloser Ideen-Geber für den Autokanzler. Im November 2006 wurde von der Staatsanwaltschaft Braunschweig gegen ihn ein **Strafverfahren wegen Untreue als VW-Vorstand eröffnet** und

im Januar 2007 erfolgte **seine Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe** von 2 Jahren auf Bewährung und einer Geldstrafe 576.000 € wegen **Veruntreuung von Firmengeldern in 44 Fällen u.a. zu Spesenmissbrauch, Prostitution, Lustreisen** sowie Begünstigung/Schmiergeld-Zahlungen in Mio-Beträgen an den VW-Betriebsratsvorsitzenden.

**Ver.di (zweitgrößte Gewerkschaft)** entstand im März 2001 durch Zusammenschluss von 5 Einzelgewerkschaften (DAG, DPG, HBV, IG Medien, ÖTV). Verdi vertritt auch den Dienstleistungsbereich **Telekommunikation, Informationstechnologie, Datenverarbeitung**. **IG Metall (größte Gewerkschaft)** vertritt neben der Automobilbranche auch die **Informations- und Kommunikationstechnologiebranche**. Die größte Verwaltungsstelle der IG Metall ist Wolfsburg mit dem VW-Konzernsitz und mit ständig steigenden Mitgliederzahlen.

Die Digitalbranche wurde auf beide Gewerkschaften aufgeteilt. Das bedeutet eine gewerkschaftliche Schwächung der Digitalbranche insbesondere gegenüber der Autobranche bei IG Metall, die sich unter der Schröder-Regierung 1998-2005 mit **"Autokanzler" Gerhard Schröder** in vollem Umfang durchgesetzt hat. Die Schwächung der Digitalbranche zugunsten der Autobranche war eine geheime **Vereinbarung der Gewerkschaften mit Autokanzler Gerhard Schröder**, die von der nachfolgenden **Bundeskanzlerin Angela Merkel** übernommen wurde.

### **Wahrheit 13: Europäische Congressmessen ONLINE sind die Zerschlagungsmasse einer geheimen Vereinbarung von Bundeskanzler(in) und Autogewerkschaften**

Die Europäischen Congressmessen ONLINE des Zerschlagungsopfers waren ein Dorn im Auge der IG Metall, weil mit ihnen Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in der Digital-Branche professionalisiert wurden und dadurch eine Vielzahl moderner Arbeitsplätze geschaffen wurden, zu denen Gewerkschaften eher ein gestörtes Verhältnis hatten, weil auszurechnen war, dass die (Gewerkschafts-)Mitglieder-schwache Digitalbranche die Mitglieder-starke Autobranche überholen würde. Ehemals: **Computer als "Job-Killer"** verteufelt oder linker Protest mit Unterbrechung im Plenum der ONLINE'84 in Berlin mit Trillerpfeifen, Betttuch-Schmiertexten und Sprech-Chören: **"Wir lassen uns nicht verarschen von Computer und Patriarschen"**

während der Rede von

**Dr.-Ing. Roland Mecklinger**, Mitglied des Vorstandes, STANDARD ELEKTRIK LORENZ AG, Stuttgart, auf der ONLINE '84 in Berlin: Glasfaser - das Übertragungsmedium der Zukunft  
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211111>

Sieh durchschnittliches ITK-Branchenwachstum 1999: 12,2%, der Innovationsbereich hatte ein Wachstum von über 40%:

**Der Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 für eine gesetzeswidrige Umverteilung hatte ein Ziel:** Wachstum der Digitalbranche auf Kosten der Automobilbranche zu verhindern entgegen den Regulierungszielen im Telekommunikationsgesetz. Dies wurde durch verheerende Folgewirkungen aus einem Monster-Markteingriff der staatlichen UMTS-Auktion 2000 erreicht, mit dem **das TKG (Telekommunikationsgesetz) ausgehebelt wurde**.

Sieh Wachstum und Beschäftigte der ITK-Branche: > > >

> > > <http://www.euro-online.de>

(Scroll down after link). In der Telekommunikation war die Zahl der Beschäftigten seit 2001 (nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000) viele Jahre rückläufig.

**In der deutschen Telekommunikationsbranche wurden jährlich seit 2001 bis heute Tausende von hochwertigen Arbeitsplätzen vernichtet. Das entsprechende Innovationswachstum ist nach Fernost und USA (Apple, Amazon, Google, Facebook & Co.) abgewandert.**

Die Europäischen Congressmessen für digitale Evolution waren die Leitveranstaltung für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000), in- und ausländische Kapitalgeber waren sogar Referenten und Aussteller auf der ONLINE, um einen möglichst schnellen Kontakt zu den Startups zu bekommen.

Einer heimtückischen, perversen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik

**unter Verantwortung von Bundeskanzler Gerhard Schröder und seinem Kanzleramtschef Frank-Walter Steinmeier**

ist es gelungen, durch Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 die Kapitalgeber der "New Economy" in die Flucht zu schlagen und unter dieser deutschen Innovationselite, dem Haupt-Kundenstamm der Europäischen Congressmessen, einen **Unternehmens-Genozid** zu veranstalten und nach 26 Jahren mit herausragenden Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution das Ende der Congressmessen zu erzwingen.

**Wahrheit 14: Dem Einfluss der Automobilbranche kann sich offensichtlich keine Bundesregierung mehr entziehen:**

**Globaler Abgas-Skandal in Verkaufsstrategie umgewandelt.**

Nicht der deutsche Rechtsstaat, der US-amerikanische Rechtsstaat hat es geschafft, den globalen Abgas-Skandal deutscher Autobauer aufzudecken. US-amerikanische Digital-Unternehmen beherrschen den weltweiten Digitalmarkt und noch mehr,

nicht weil sie so gut sind, sondern

**weil deutsche Autobauer mit Hilfe ihrer Gewerkschaften und der deutschen Bundesregierung das Innovationswachstum der deutschen Digital-Branche zerlegt und zertrümmert haben.**

**Mit Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 wurde sogar das Telekommunikationsgesetz ausgehebelt** (Massive Verstöße gegen das Telekommunikationsgesetz, gegen Regulierungsziele gemäß §2 Abs.2 TKG, siehe Wahrheit 02).

Mit dem Monstermarkt-Eingriff wurde ein Unternehmens-Genozid im Innovationsmarkt mit der New Economy 2000 ausgelöst, Kapitalgeber wurden in die Flucht geschlagen, Apple, Amazon, Google, Facebook & Co. hatten keine deutsche Konkurrenten mehr.

**Deutschland 2000: Digitale Spitzenstellung im globalen Vergleich.**  
Deutschland heute: Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa.

**Die Europäischen Congressmessen** mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum über mehr als 25 Jahre (Lebenswerk des Zerschlagungsopfers, als profitable Zerschlagungsmasse diskriminiert) mußten wegen Vernichtung ihres Hauptkundenstamms eingestellt werden.

Das war Plan des Zerschlagungskonzeptes der Bundesregierung zur Schwächung der Digitalbranche gegenüber der Automobilbranche. Ohne jede Entschädigung, ohne jede Hilfe, statt dessen politisch motivierte **Sippenzerschlagung**, heimtückisch und nachhaltig von skrupelloser Staatsanwaltschaft umgesetzt.

**Diskriminierung des Zerschlagungsopfers**, weil alle von dem Markteingriff beschädigten Personen und Institutionen staatliche Unterstützung erhalten haben: z.B. Verlustausgleich von 250 Mio EUR an CeBIT/Deutsche Messe AG Hannover durch staatliche Anteilseigner im Jahr 2009. Verlustausgleich in 3-stelliger Mio-Höhe in den Sand gesetzt. CeBIT Aus und Ende in 2018, weil ohne Innovationswachstum eine Weltmesse keine Chance hat.. Das Zerschlagungsopfer musste in 2007 mit Hilfe eines Rechtsanwalts auch noch staatsanwaltschaftliche Übergriffe wegen angeblicher Insolvenzverschleppung abwehren.

**Wahrheit 15: Zerschlagung der Europäischen Congressmessen war heimtückisch, sollte nachhaltig und endgültig sein. Daher: Aktive Mauer des Schweigens zur heimtückischen Ausführung der Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik seit 1998.**

Rundfunksperrung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu den "unterirdischen" Vorgängen bei der Durchsetzung der heimtückischen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik, extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung, Freiheitsberaubung mit Hausfriedensbruch, Rufmord, psychischer Folter als Leistungsnachweis einer bundesweit tätigen, skrupellosen Staatsanwaltschaft, **Treib- und Hetzjagd in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod** (Todesopfer), kapitale Vermögensschäden. **Aufgrund der heimtückischen Zerschlagung** war das lebende Zerschlagungsopfer der irrtümlichen Überzeugung, dass selbst nach kostenbedingter Einstellung der Congressmessen in 2003 mit Unterstützung der Bundesregierung ein schneller Neustart im Messemarkt mit Sicherheit erwünscht war, um in Deutschland wieder den Anschluss an internationale Entwicklungen der digitalen Evolution zu schaffen.

**Nachhaltige und endgültige Zerschlagung war jedoch heimtückische, eine für das Zerschlagungsopfer nicht vorstellbare Zielsetzung,**

die mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung umgesetzt wurde. Skrupellose Staatsanwälte haben ganze Arbeit bundesweit geleistet. Sieh Wahrheit 09 oben:

**Exzesse der Zerschlagung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und Eskalation zur Sippenzerschlagung** Politisch motivierte Zerschlagung seines Bruders mit einer Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer), totale Zerschlagung seiner deutschen Heimat, zweimal mit Rufmord am Wohnort und am Geburtsort.

### **Wahrheit 16: Heimtückische Zerschlagung**

**Nach Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 nicht den Hauch einer Chance, nach Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes ohne jede Perspektive:**

#### **Zerschlagungsopfer eines teuflischen Unrechtssystems!**

**Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, ausgetrickst mit Geheimabkommen von Autokanzler, Autovorstand und Autogewerkschaft.**

**Zweimal Rufmord mit einer Mauer des Schweigens, mit Freiheitsberaubung und psychischer Folter, mit Verhinderung von Rehabilitierung und Schadenersatz und mit Missbrauch deutscher Justiz zur Durchsetzung des Unrechts zur Herrschaft des Unrechts**

Der professionelle Wiederaufbau der Europäischen Congressmesse für digitale Evolution mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in der Digitalbranche ist am Verwaltungsgericht Berlin längst und immer wieder beantragt, Rehabilitierungsantrag bis heute aber ohne Bescheidung.

**Seit 2005: Eine Vielzahl qualifizierter Schriftsätze mit konkreten Projektvorschlägen an die Bundeskanzlerin, im Verteiler an Bundesminister und Staatssekretäre: Ohne Beantwortung.**

**Die Bundeskanzlerin ist dafür verantwortlich.**

Diskriminierung qualifizierter Ausarbeitung der Projektvorschläge gegen eine Mauer des Schweigens, gegen geheime Abmachungen mit den Gewerkschaften, die nach Abwahl der Schröder-Regierung von der Bundeskanzlerin Merkel bestätigt und übernommen wurden.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 8)

**Im Jahr 2010 und seit 2010: Ansehnliche Altersrücklagen des Zerschlagungsopfers nach kapitalen Vermögensschäden aufgebraucht, seitdem wegen staatlich erzwungener Altersarmut: ohne jede Versicherungsleistung einer Krankenkasse, seitdem ohne Rundfunkgebühren an einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der bis heute mit Rundfunk Sperre zu den beschriebenen Vorgängen und an diesen Vorgängen direkt nachweislich beteiligt ist.**

### **Wahrheit 17: Maßlose Pervertierung**

**Zerschlagungsopfer wird von einer skrupellosen Staatsanwaltschaft für staatlich erzwungene Altersarmut verantwortlich gemacht**

**mit wiederholter Freiheitsberaubung und psychischer Folter, ohne und mit Haftbefehl, unter dem**

**diskriminierenden Deckmantel von Erzwingungshaft,**

**mit perversen Missbrauch von Staatsgewalt durch Einsatz von Grundrechte verhöhnenden Polizisten,**

**mit psychischer Folter,**

**mit dem Ziel der psychischen und sozialen Zerschlagung**

**trotz Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, ohne jegliche Subvention, in Deutschland und Europa**

> Pervers: Das Zerschlagungsopfer wird für staatlich erzwungene Altersarmut verantwortlich gemacht, indem er seit 2010



**soziale Pflichtbeiträge nicht mehr bezahlen kann, geschweige denn rechtsanwaltliche Unterstützung** in den Verwaltungsgerichten und Zivilgerichten und Strafgerichten durch alle Instanzen bis zum Bundesverfassungsgericht in Anspruch nehmen kann.

> Pervers: Das Zerschlagungsopfer muss ein Pfändungsschutz-Konto benutzen, um die extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe überleben zu können

> Pervers: Der Antrag auf sofortige Härteleistungen wegen extremistischer Eskalation staatlicher Übergriffe (wie bei Asylanten) wurde vom Bundesamt für Justiz abgelehnt und statt dessen mit Zwangsmaßnahmen zur Eintreibung von Gerichtskosten in Gerichtsverfahren mit verfassungswidrigem Versagen / Vortäuschen von rechtlichem Gehör gekontert.

Qualifizierte Rechtsanwälte lehnen heute eine Unterstützung ab, weil sie für den Fortgang der Zerschlagung jede Verantwortung ablehnen. Nicht nur das magere Honorar aus Prozesskostenhilfe ist für qualifizierte Anwälte abschreckend, sondern vielmehr auch die Verwicklung in Verfahren gegen die Spitze des deutschen Staates mit Bundespräsident und Bundesregierung unter dem Druck von Gewerkschaften.

**Das Zerschlagungsopfer muss wiederholte Freiheitsberaubung** ohne und mit Haftbefehl, mit psychischer Folter, mit dem Ziel der psychischen Zerschlagung, in Kauf nehmen, wird mit Isolationshaft in einer JVA bestraft, weil er sich angeblich nicht bis nackt auf die Haut ausziehen möchte, muss intensiven Urin-Gestank in der JVA ertragen, kann über das Benutzungsverbot von ordentlichen Toiletten in der JVA nur unglaublich staunen, alles unter dem Deckmantel von Erziehungshaft für 180 € Buße, die bis heute mit einer nicht stattgefundenen Verkehrsordnungswidrigkeit durch die 1. Instanz begründet wurde.

Polizisten verhöhnern Grundrechte bei Gefangennahme unter dem Deckmantel von Erziehungshaft und erklären Art.1 Abs.1 GG als Grundrecht auf Gefangennahme.

**Der Verfolgungswahnsinn einer skrupellosen Staatsanwaltschaft** nach wiederholter Freiheitsberaubung mit psychischer Folter hat kein Ende, weil sich **deutsche Justiz für soziale und psychische Zerschlagung missbrauchen lässt und dies** im Umfeld von politisch motivierter Sippenzerschlagung mit einer Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und mit kapitalen Vermögensschäden für das noch lebende Zerschlagungsopfer.

Weisungsgeber der Staatsanwaltschaft ist das Bundeskanzleramt, dessen Chef in 2000, **Frank-Walter Steinmeier**, die Umsetzung der desaströsen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik organisiert hat und für diesen Verfolgungswahnsinn verantwortlich ist.

**Wahrheit 18: Längst nicht mehr auf dem Boden des Grundgesetzes: Aktive Mauer des Schweigens zu politisch motivierter Kumpanei zwischen heutigen Bundespräsident, Bundeskanzlerin, Gewerkschaftsspitzen und kriminellen Vorständen von Automobil-Branchenführern**  
**Mauer des Schweigens zu Exzessen einer kaum noch vorstellbaren Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik mit politisch motivierter Sippenzerschlagung**  
**Mauer des Schweigens verstößt gegen Art.1 Abs.1 des Grundgesetzes, indem das Opfer auch noch lebenslang Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa erbracht hat:**  
**"Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt" gilt für alle deutschen Bürger, nicht nur bei Weltklasse-Höchstleistungen, und ist kein Grundrecht auf Gefangennahme (Polizist anlässlich einer Zwangsmaßnahme mit Freiheitsberaubung)**

**Politisch motivierte Kumpanei**, verdeckte Zusammenarbeit unter Verletzung von anerkannten Regeln oder Gesetzen, geheime Vereinbarungen zwischen Bundeskanzler(in) und Auto-Gewerkschaften,  
hier eine Menschenrechte verletzende Politik gigantischer Umverteilung und perverser Zerschlagung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu einer politisch motivierten Sippenzerschlagung  
mit Todesopfer, mit dem noch lebenden Zerschlagungsoffer, mit Zerschlagung der deutschen Heimat eines alteingesessenen Müllergeschlechts, dessen Generationen bis zum Westfälischen Frieden nach dem 30-jährigen Krieg in der nördlichen Oberpfalz (Landkreis Tirschenreuth) dokumentiert sind.

**Der heutige Bundespräsident, der als Kanzleramtschef unter der Schröder-Regierung mit der Umsetzung einer miserablen Umverteilungspolitik für diesen Abgrund verantwortlich ist** und auch keine Brücke bauen will, ist mit Recht zu einer öffentlichen Stellungnahme zu belangen, damit endlich Transparenz hergestellt wird.

Öffentliche Rehabilitierung mit Aufhebung der Rundfunksperrre und Herstellung einer angemessenen Transparenz ist unverzichtbar.  
Diese Mauer des Schweigens zu öffnen und ihre Handlanger zur Verantwortung zu ziehen, ist eine Aufgabe der deutschen Justiz, um jahrelange Unterdrückung der Gerechtigkeit zu beseitigen.

**Wahrheit 19: Herrschaft des Unrechts mit langjährigem Missbrauch des Rechtsstaates zur Durchsetzung des Unrechts anstatt grundgesetzlich möglicher Enteignungsverfahren. Erdrückende Beweislage mit zusätzlicher Internet-Dokumentation**  
**Verfassungswidrig: Vortäuschung und Versagung von rechtlichem Gehör mit anschließenden Zwangsmassnahmen zur Vollstreckung von Gerichtskosten für verfassungswidrige Gerichtsverfahren am Bundesverwaltungsgericht trotz Verfassungsbeschwerde (Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung) mit Unterstützung durch das Bundesamt für Justiz**  
**Zeitgleiche Anhörungsrüge an das Amtsgericht Velbert und parallele Zwangsmaßnahme ohne Bescheidung der Anhörungsrüge im laufenden Beschwerdeverfahren gegen den Pfändungsbeschluss des Amtsgerichts**

Tatsache und Rechtslage: Das Grundgesetz ermöglicht begründete Enteignungsverfahren, ohne Todesopfer und ohne Zerschlagungsopfer auch noch zum Justizopfer machen zu müssen. Politisch motivierte Sippenzerschlagung mit Todesopfer und Zerschlagungsopfer wäre gar nicht nötig gewesen bei Anwendung rechtsstaatlicher Enteignungsverfahren.

Erdrückende Beweislage mit vernetzter Internet-Dokumentation zu:  
**Politisch motivierte Sippenzerschlagung**  
mit extremistischer, bundesweiter Ausuferung staatlicher Übergriffe  
**mit Todesopfer, mit Zerschlagung der Heimat und mit kapitalen Vermögensschäden**

ist Gegenstand gerichtlicher Klagen seit 2010:

> **Zerschlagung 1:** unter Verantwortung der beklagten Bundesregierung für Vernichtung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

> **Zerschlagung 2:** unter Verantwortung der Bayerischen Staatsregierung mit Treib- und Hetzjagd gegen seinen Bruder bis in den Tod (2012) und Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd in NRW (mit Kenntnis und gnadenloser Ausnutzung der Zerschlagung 1)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise2.pdf>

> **Zerschlagung 3:** unter Verantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (mit Kenntnis von, mit medialer Rundfunksperre zu und wegen Mittäterschaft bei der Zerschlagung 1) mit neuer Klage in 2018

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise3.pdf>

**Einfach nur verfassungswidrig:** Vortäuschung und Versagung von rechtlichem Gehör mit anschließenden Zwangsmassnahmen zur Vollstreckung von Gerichtskosten für verfassungswidrige Gerichtsverfahren ohne vorgeschriebenen Rechtsanwalt am **Bundesverwaltungsgericht in Leipzig** trotz Verfassungsbeschwerde (Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung), mit Fortsetzung der Zwangsmaßnahme anstatt mit beantragter Härteleistung durch das Bundesamt für Justiz:  
Sieh Verfassungsbeschwerden vom 18.Aug.2016 und 15.Jan.2018  
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf>  
Scroll down after link (page 84)

**Wahrheit 20: Kein Weiter so!**

**Wiederholte Anträge**

**auf sofortige Härteleistungen für Beiträge zu sozialen Pflichtversicherungen,  
auf angemessenen Schadenersatz und öffentliche Rehabilitierung,  
auf Rehabilitierung mit professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution,  
Antragserweiterung auf Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten wegen des Verdachts der politisch motivierten Kumpanei mit Auto-Gewerkschaften unter Aushebelung des Telekommunikationsgesetzes**

**Sofortige Härteleistungen für Beiträge zu sozialen**

**Pflichtversicherungen,** die wegen staatlich erzwungener Altersarmut nicht mehr bedient werden können, sind ohne weiteres finanzierbar, beispielsweise aus den milliardenschweren Strafen gegen Automobilunternehmen im Zuge des globalen Autoabgas-Skandals. Automobil-Unternehmen haben aus der gigantischen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik seit 1998 große Vorteile gezogen.

**Es ist ein verfassungswidriger, perverser Missbrauch deutscher Justiz,** indem die Opfer einer gigantischen, heimtückischen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik sippenweise verantwortlich gemacht werden und für Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz rechtliches Gehör vorgetäuscht und versagt wird und die Zerschlagungsoffer zusätzlich einer sozialen und psychischen Zerschlagung unterzogen werden. Ein Rechtsstaat geht anders.

**Auch ein sanierungsbedürftiger Rechtsstaat muss nach 20 Jahren Unrecht endlich in der Lage sein,** politisch motivierte Kumpanei mit Auto-Unternehmen und Auto-Gewerkschaften unter Aushebelung des Telekommunikationsgesetzes juristisch aufzuarbeiten. Dies umso mehr, indem deutsche Auto-Unternehmen einen globalen Abgas-Skandal inszeniert haben und Deutschland zum Digitalisierungsschlusslicht in Europa gemacht haben.

**Der Antrag auf Immunitätsaufhebung gegen den heutigen Bundespräsidenten ist unumgänglich,**

**weil** er Teil der Mauer des Schweigens zur Verdeckung einer gigantischen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik geworden ist, die endlich eingerissen werden muss,

**weil** der Verdacht der politisch motivierten Kumpanei mit Auto-Gewerkschaften und Auto-Unternehmen u.a.

unter Aushebelung des Telekommunikationsgesetzes und unter Missbrauch der daraus resultierenden verheerenden Folgewirkungen

für Erzwingung politisch motivierter Sippenzerschlagung mit einer Treib- und Hetzjagd unschuldiger Opfer bis in den Tod und in den wirtschaftlichen Ruin trotz Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa nicht mehr zurückgewiesen kann.

Wer verantwortlich ist für eine gigantische Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik mit verheerenden Folgewirkungen inklusive HARTZ IV und Agenda 2010, sollte sich endlich einer Stellungnahme zu bitteren Wahrheiten nicht versagen.

## **Wahrheit 21: Kein Weiter so!**

**Zweimal politisch motivierte Todesopfer in 2 Generationen mit kapitalen Vermögensschäden, 2 Tote zu viel:**

**NS-Todesopfer 1945: Vater der Zerschlagungsopfers**

**Todesopfer 2012: Bruder des Zerschlagungsopfers**

**Das sind keine Schicksalsschläge, sondern krimineller Missbrauch deutscher Justiz für Aneinanderreihung von Ungerechtigkeiten.**

**Schadenersatz ohne Ausrede und öffentliche Rehabilitierung**

Das NSDAP-Netzwerk wurde nach Kriegsende 1945 nicht aufgelöst, sondern durch flüchtige NSDAP-Mitglieder aus dem angrenzenden Sudetenland am Geburtsort der Zerschlagungsopfer eher verstärkt. Alte Feindschaften zwischen NSDAP-Mitglieder, die in Verwaltungsmanagement und Verwaltungsjustiz tätig wurden, und NSDAP-Nicht-Mitgliedern wurden so zum Nachteil der Nicht-Mitglieder sogar verstärkt.

**Der Vater der Zerschlagungsopfer** war als Inhaber und Betreiber eines lebenswichtigen, voll automatisierten Mühlenbetriebs einer sog. Kunstmühle mit Turbinen-Antrieb, der Themenreuther Mühle, ebenfalls vom Wehrdienst freigestellt, obwohl er **kein** NSDAP-Mitglied war. Er wurde jedoch vom Vater und Großvater des Nachbarn des verstorbenen Zerschlagungsopfers beim NSDAP-Ortsbauernführer denunziert, weil er immer wieder an notleidende Bittsteller Mehl abgegeben hat. Bei Kriegsausbruch wurde Brot rationiert, wobei die Rationen während des Kriegs nach und nach abgesenkt wurden. Nach Denunzierung durch seinen Nachbarn in 1942 wurde seine Wehrdienst-Befreiung in 1943 aufgehoben, er wurde eingezogen und ist 1945 in russischer Kriegsgefangenschaft in der Ukraine verstorben (1. Todesopfer). Er hinterließ eine junge Mutter der Zerschlagungsopfer, mit einer Landwirtschaft und einem modernen Mühlenbetrieb.

**Das lebende Zerschlagungsopfer heute** ist zudem einziger Rechtsnachfolger nach einer Hexenjagd gegen seinen Bruder seit **1998 (!)** bis in den Tod (Juli 2012, 2. Todesopfer), im Landkreis Tirschenreuth (nördliche Oberpfalz / Bayern).

Der Verstorbene war als Anerbe eines alteingesessenen Müllergeschlechts Inhaber eines qualifizierten Lebensmittelbetriebs (Bäckerei- und Konditoreiprodukte mit Premium-Auszeichnungen anerkannter Institutionen, z.B. Goldmedaille auf der Internationalen Grünen Woche in Berlin u.a., mit Verkauf über ca. 40 Verkaufsstellen von EDEKA u.a.), und Inhaber eines Tourismus-attraktiven Damwild-Geheges und einer Wasser-Turbinenanlage zur regenerativen, ökologischen Energieerzeugung.

> Sieh Wahrheit 09: Exzesse der Zerschlagung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und Eskalation zur Sippenzerschlagung. **Hier werden Menschenrechte eingefordert.** Politisch motivierte Zerschlagung seines Bruders mit einer Treib- und Hetzjagd bis in den Tod, zweimal Zerschlagung seiner deutschen Heimat am Wohnort und am Geburtsort.

Zivilgerichtliches Verfahren am Landgericht Wuppertal (2 O 163/16) rechtshängig:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf>

Scroll down after link (page 50)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise2.pdf>

**Wahrheit 22: Psychische Zerschlagung (Zerschlagung 5) und Wahrheit 23: Soziale Zerschlagung (Zerschlagung 4) mit einer Mauer des Schweigens zur Verdeckung einer kriminellen Umverteilungspolitik**

- ⊗ **Warum schweigt die deutsche Bundeskanzlerin?**
- ⊗ **Warum schweigt das beklagte Bundeskanzleramt?**

In und seit 2005 hätte die **Bundeskanzlerin** den Schaden einer asozialen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik abwenden können. Von der Zerschlagungspolitik hat die deutsche Automobilbranche am meisten profitiert und mit einem weltweiten Abgas-Skandal "zurückgezahlt". Sieh

**Schriftsatz vom 05.Jan.2018 mit Kapitel 94 an das Verwaltungsgericht Berlin**

mit Fortsetzung der Klage in 2018 auf Rehabilitierung, Schadenersatz & Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution

**Kapitel 94.** Gigantische Umverteilungspolitik der „alten“ Generation seit 1998: 20 Jahre

Von gigantischen Zerschlagungen zu Hartz IV und Agenda 2010, erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, unter Verantwortung von  
> Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)  
> Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)  
> Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-2017).

**Besonders diskriminierend:**

Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an die Bundeskanzlerin, mit Bundesminister und Staatssekretäre im Verteiler, kein einziges beantwortet, nicht einmal eine Empfangsbestätigung  
Gigantischer Schaden für Deutschland: Wie lange noch?  
Deutsche Justiz: Handlungsbedarf, Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems ist zu schützen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>  
Scroll down after link (page 41/43)

Es geht um kapitale Vermögensschäden in 2stelliger Millionenhöhe, um öffentliche Rehabilitierung nach Rufmord am Wohnort und am Geburtsort trotz Weltklasse-Höchstleistungen, **dokumentiert**

**in mehreren 100.000 ISBN-nummerierten Congressbänden und** Schadenersatz für bundesweite Sippenzerschlagung einschließlich Schmerzensgeld für Zerschlagung der deutschen Heimat.

Die Gesamtverantwortung liegt beim Bundeskanzleramt. Dieses Bundeskanzleramt ist verantwortlich für soziale und psychische Zerschlagung. Sieh aktuelle Verfassungsbeschwerden:

**Missbrauch deutscher Institutionen und deutscher Justiz für ein teuflisches Menschenrechte-verletzendes Unrechtssystem:**

Verfassungsbeschwerde 1 BvR 444/18 vom 15.Jan.2018

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf>

> > > Scroll down after link (page 84, page 90)

**Beklagt wird psychische Zerschlagung (wiederholte Freiheitsberaubung mit psychischer Folter, Wahrheit 22) und soziale Zerschlagung (anstatt sozialer Sicherheit mit Krankenversicherung und Pflegeversicherung, Wahrheit 23)**

unter Verantwortung einer weisungsgebundenen Staatsanwaltschaft (Weisungsgeber: Beklagtes Bundeskanzleramt)

**Erste Freiheitsberaubung** im Juni 2014

Strafanzeige und anschließende Verfassungsbeschwerde 2 BvR 741/16

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf>

**Zweite Freiheitsberaubung mit psychischer Folter** im Juni 2018

**trotz laufender Verfassungsbeschwerde vom 18.Mai 2018 (2 BvR 1299/18)**

wegen Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erziehungshaft für 180 €  
(nach Rechtsbeugung in 1.Instanz) durch einen 4-Mann-Polizeitrupp mit

Anschluss an teuflische Isolationshaft in der JVA Wuppertal:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-22.pdf>

Scroll down after link (page 29).

**Soziale Zerschlagung anstatt soziale Sicherheit (Wahrheit 23)  
mit Verfassungsbeschwerde vom 10.Juli 2018 (1 BvR 1618/18)**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-23.pdf>

**Missbrauch deutscher Justiz für psychische Folter:**

Verfassungsbeschwerde 2 BvR 1299/18 vom 18.Mai / 18.Juni 2018

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-22.pdf>

> > > Scroll down after link (page 29).

**Missbrauch deutscher Justiz für psychische und soziale  
Zerschlagung:**

Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1618/18 vom 10.Juli 2018

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-23.pdf>

Der Chef des Bundeskanzleramtes ist verantwortlicher Weisungsgeber an eine weisungsgebundene, bundesweit tätige Staatsanwaltschaft. Die politisch motivierte Sippenzerschlagung einschließlich Freiheitsberaubung, psychische und soziale Zerschlagung ist das Werk einer skrupellosen und diskriminierenden Staatsanwaltschaft.

Wenn eine Umverteilungspolitik in eine derartig kriminelle Zerschlagungspolitik umschlägt und pervertiert, dann ist die

**Solidargemeinschaft eines Rechtsstaates längst gefordert, anstatt das  
Zerschlagungsoffer auch noch zum Justizopfer zu machen:**

Das Opfer hat den Tod seines Bruders, hat die Zerstörung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen, hinnehmen müssen, aus denen der deutsche Staat größten Nutzen gezogen hat, hat kapitale Vermögensschäden hinnehmen müssen.

Mit der Zerstörung seines Lebenswerkes wurde ihm nachweislich ein **riesiger Schaden in 2-stelliger Millionenhöhe** zugefügt: Staatliche erzwungene Altersarmut mit Nutzung eines Pfändungsschutzkonto ist die aktuelle Situation.

Dieser Staat mit Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, mit extremistischer Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen zu einer bundesweiten Sippenzerschlagung,

mit Missbrauch deutscher Justiz für psychische und soziale Zerschlagung (Zerschlagung 4, Zerschlagung 5)

**ist in Wirklichkeit ein Sanierungsfall**, der sich selbst schadet und in dem vorrangig Menschenrechte wieder hergestellt werden müssen.

Eine Umverteilungspolitik wird in der Regel von Staatsanwälten umgesetzt. Auch die Perversion einer Zerschlagungspolitik. Hier kommt ein dritter Täter hinzu: Der **Öffentlich-rechtliche Rundfunk ist beklagt, sich an der Zerschlagung direkt beteiligt zu haben** und einen

**direkten Schaden von mind. 100.000 € (geschätzt 500.000 €)** verursacht zu haben. Das ist Zerschlagung 3. Sieh Seite 19 des ersten Schreibens an den Bundespräsidenten, der nicht antworten will:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf>

**Zu 03. Psychische und soziale Zerschlagung (Wahrheit 22 und 23):  
Fortsetzung der politisch motivierten Sippenzerschlagung  
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe  
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit  
Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und  
Europa: Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,  
sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit Beteiligung an seinem  
Lebenswerk nachgewiesen wie  
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und  
EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :  
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und  
Verwaltung . . . . .**

Herausragendes Lebenswerk des Verfassers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa:

**Die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH (1977-2003)**  
mit dem weltweit größten Congressangebot zu den

Innovationsschwerpunkten der digitalen Evolution, herausragend durch  
professionelle Leistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz,  
Innovationswachstum und Erschließung der Mittelstandspotentiale

**dokumentiert in mehreren 100.000 ISBN-nummerierten Congressbänden**

> > > [www.euro-online.de](http://www.euro-online.de)

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

Dieses Lebenswerk wurde nachhaltig zerstört, die Zerstörung wurde heimtückisch geplant, diese Planung mit regierungsnahen Institutionen abgestimmt und brutal ausgeführt, zur Durchsetzung einer gigantischen pervertierten Umverteilungspolitik seit 1998, erzwungen mit rechtswidriger Ausführung und politischen Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000, unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998:

**Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)**

**Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)**

**Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-20XX)**

Die gigantische Umverteilungspolitik war Ursache für gigantische Zerschlagungen, mit Hartz IV und Agenda 2010 im Gefolge.

Vorausgegangen:

**Gerhard Schröder** referierte auf der **Europäischen Congressmesse ONLINE'91** auf Einladung des Gründers und Veranstalters:

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

Schröder war damals Ministerpräsident von Niedersachsen (1991-1998).

**Frank-Walter Steinmeier** trat 1991 (offensichtlich vor der ONLINE'91) als Referent für Medienpolitik (1993 als Büroleiter des Ministerpräsidenten) in die Niedersächsische Staatskanzlei ein.

Der Ministerpräsident war zum VIP-Empfang der ONLINE'91 unmittelbar vor seiner Rede eingeladen, in Anwesenheit von

**Dr. Henning Voscherau, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg und zum Zeitpunkt der ONLINE'91 Präsident des Bundesrates.**

Zum VIP-Treffen ist der Ministerpräsident **nicht** erschienen, hat aber im Plenum der ONLINE'91 als Sprecher teilgenommen. Sieh Internet-Link oben.

Anzunehmen ist, dass er vom Referenten für Medienpolitik Steinmeier begleitet wurde (im Auditorium anwesend). Die neuen Medien waren Schwerpunktthema.



## **Das weltweit größte Congressangebot mit Dokumentation zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation (ITK/ITC)**

war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen, und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang.

**Diese Congressmessen sind das herausragende Lebenswerk ihres Gründers**, ihre Systemrelevanz für die digitale Evolution in Deutschland ist längst erwiesen.

> > > **Das Zerschlagungsoffer ist mit Recht stolz darauf, dass führende Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung** Teil seines herausragenden Lebenswerkes sind und Zeugen seiner Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa wie zum Beispiel:

**Dr. Johannes Rau**, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen und später Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, Schirmherr und Eröffnungsredner auf der KOMMTECH 1988

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

**Dr. Norbert Blüm**, Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland, Plenarsprecher auf der KOMMTECH'88

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

**Prof. Dr.-Ing. Karl Steinbuch**, Pionier der Informatik, Mitbegründer der künstlichen Intelligenz und der Kybernetik auf der ONLINE 1980

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?!=8&e=2&m=56&f=1#7>

Scroll down

**Dr. Bernhard Vogel**, Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz, Vorsitzender der Rundfunk-Kommission der Ministerpräsidenten, Festredner auf der ONLINE'85

> > > <http://www.euro-online.de/1984.htm>

**Willibald Hilf**, Vorsitzender der ARD-Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland und Intendant des Südwestfunk, Eröffnungsredner auf der ONLINE 1987

> > > [http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE\\_87.pdf](http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_87.pdf)

**Dr.h.c. Lothar Späth**, Ministerpräsident a.D., Vorsitzender der Geschäftsführung, JENOPTIK CARL ZEISS JENA GMBH, Jena, Redner mit „Standing Ovation“ auf der ONLINE '92

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211>

**Prof. Dr.jur. Erich Häußler**, Präsident des Deutschen Patentamtes, zudem verantwortlich für den Aufbau des Patentwesens in China, Congressleiter auf der ONLINE1993, Beiratsvorsitzender auf den Europäischen Congressmessen ONLINE1994 und ONLINE1995

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211>

**Dr. Henning Voscherau**

Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997)  
Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991)  
langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber  
der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997)  
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:

„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst.“ **“Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen“**

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Scroll down after link (page 7)

**Dr. Günter Rexrodt**, Begrüßungsredner als Senatsdirektor auf dem Senatsempfang für Congresssteilnehmer auf der ONLINE1984 in Berlin, Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg :

„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend“ . . .

**"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation**

einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

**Prof. Dr.-Ing.habil Dr. h.c. mult. Hans-Jörg Bullinger**, 9. Präsident der Fraunhofer-Gesellschaft, Beiratsvorsitzender der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH und Plenary Speaker von 1987 bis 1992

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

**Prof. Dr.-Ing. Hans-Jürgen Warnecke**, Präsident der Fraunhofer Gesellschaft von 1993-2002, Leiter des Universitätsinstituts für industrielle Fertigung und Fabrikbetrieb, Universität Stuttgart, Leiter des Fraunhofer-Instituts für Produktionstechnik und Automatisierung (IPA), Chairman Congress I auf der KOMMTECH '86 und ONLINE'89

> > > [http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH\\_86.pdf](http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_86.pdf)

> > > [http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE\\_89.pdf](http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_89.pdf)

**Prof. Dr.-Ing. Manfred Weck**, Institutsdirektor des Laboratoriums für Werkzeugmaschinen und Betriebslehre (WZL), RWTH Aachen, Chairman Congress I auf der KOMMTECH'88

> > > [http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH\\_88.pdf](http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_88.pdf)

**Prof. Dr.-Ing. Drs.h.c. Günter Spur**, Leiter des Instituts für Werkzeugmaschinen und Fertigungstechnik, Technische Universität Berlin, auf der ONLINE'89

> > > [http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE\\_89.pdf](http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_89.pdf)

**Prof. Dr.-Ing. habil. Klaus-Peter Fähnrich**, Leiter I+K-Techniken am Fraunhofer-Institut IAO, später Abteilungsleiter Betriebliche Informationssysteme am Institut für Informatik der Universität Leipzig, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH 1985-1992,

> > > [http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH\\_87.pdf](http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf)

> > > <https://ifdt.org/kpf/>

**Prof. Dr.-Ing. Eckhard Freund**, Inhaber des Lehrstuhls für Automatisierung und Robotertechnologie in der Fakultät für Elektrotechnik und Informationstechnik und Leiter des Instituts für Roboterforschung der Universität Dortmund, leitete den 4-tägigen Roboter-Kongress I auf unserer KOMMTECH'87.

> > > [http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH\\_87.pdf](http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf)

**Michel Carpentier**, Generaldirektor der Kommission der Europäischen Gemeinschaften auf der ONLINE'88

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

**Prof. Dr. Henning Kagermann**, Leiter der Entwicklung Rechnungswesenssysteme und Vorstandssprecher der SAP AG auf der ONLINE'89, heute Vorsitzender des Kuratoriums von ACATECH, der Deutschen Akademie der Technikwissenschaften, auf der ONLINE'89  
> > > [http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE\\_89.pdf](http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_89.pdf)

**Prof. em. Dr.-Ing. Dr. h.c. mult. Paul J. Kühn**, Direktor des Instituts für Kommunikationsnetze und Rechnersysteme an der Universität Stuttgart, Congressleiter und Moderator der Plenarveranstaltungen der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1995-2003  
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

**Prof. Dr. Ulrich Killat**, Leiter des Arbeitsbereiches Digitale Kommunikationssysteme an der TU Hamburg-Harburg, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1993 bis 2003  
> > > <http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf>  
Scroll down after link (page 7)

**Prof. Dr.-Ing. Anatol Badach**, Professor für Telekommunikation, Fachhochschule Fulda, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1993 bis 2003  
> > > <http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf>  
Scroll down after link (page 7)

**Prof. Dr. August-Wilhelm Scheer**, Direktor des Instituts für Wirtschaftsinformatik der Universität Saarbrücken auf der ONLINE'95  
> > > [http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE\\_95.pdf](http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_95.pdf)

**Prof. Dr. C. Christian von Weizsäcker**, Vorsitzender der Monopolkommission, Universität Köln auf der ONLINE'95  
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211>

**Prof. Dr. Claus Ehlermann**, Generaldirektor der EG-Kommission für Wettbewerb auf der ONLINE 1993, anschließend Mitglied und 2001 Vorsitzender des Revisionsgerichtes der Welthandelsorganisation (WTO)  
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211>

**Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp**, Präsident der Landeszentralbank in der Freien und Hansestadt Hamburg, in Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein, Beiratsvorsitzender der Europäischen Congressmessen ONLINE 1996 /1997  
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

**Dr. Wolfgang Bötsch**, Bundesminister für Post und Telekommunikation der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE'97:  
„Die Chancen des neuen Telekommunikationsgesetzes aktiv nutzen“  
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211>

**Karel van Miert**, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar (1989 bis 1999) für Wettbewerb, auf der ONLINE 1997  
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3>

**Dr. Alexander Schaub**, Generaldirektor für Wettbewerb der Europäischen Kommission auf der ONLINE 1999  
> > > <http://www.euro-online.de/1996.htm>

**Erkki Liikanen**, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft, auf der ONLINE 2001  
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

**Joachim Erwin**, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf,  
Eröffnungssprecher auf der ONLINE 2001  
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

**Matthias Kurth**, Präsident der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und  
Post / Bundesnetzagentur, auf der ONLINE 2001  
<http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

**Prof.Dr. Friedrich Vogt**, Lehrstuhl für Telematik an der TU Hamburg-Harburg,  
Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1993 bis 2002  
> > > <http://www.euro-online.de/ftp/programm02.pdf>  
Scroll down after link (page 8)

**Prof.Dr. Bernhard Steffen**, Dekan des Fachbereichs Informatik, Universität  
Dortmund, Congressleiter der ONLINE 1999 bis 2003  
> > > <http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf>  
Scroll down after link (page 10)

**Prof. Dr.sc. Christoph Meinel**, Direktor des Instituts Telematik der Universität  
Trier, später Geschäftsführer des Hasso-Plattner-Institut für Digital Engineering,  
Potsdam, Congressleiter der ONLINE 2000 bis 2003  
> > > <http://www.euro-online.de/ftp/programm02.pdf>  
Scroll down after link (page 6)

**Prof. Dr.-Ing. Heinz Thielmann**, Institutsdirektor, GMD  
FORSCHUNGSZENTRUM INFORMATIONSTECHNIK GMBH,  
Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 2001 und 2003  
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

**Prof. Dr.-Ing. Stefan Jähnichen**, Dekan des Fachbereichs Informatik,  
Technische Universität Berlin, Congressleiter der Europäischen Congressmessen  
ONLINE von 1993 bis 2003  
> > > <http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf>  
Scroll down after link (page 10)

**Prof. Dr.-Ing. Manfred Nagl**, Lehrstuhl für Informatik an der RWTH Aachen,  
Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1993 bis 2003  
> > > <http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf>  
Scroll down after link (page 11)

**Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Wahlster**, Vorsitzender der Geschäftsführung  
der Deutschen Forschungszentren für Künstliche Intelligenz,  
Preisträger des Deutschen Zukunftspreises 2001 beim Bundespräsidenten,  
Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1993 bis 2003  
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

**Prof. Dr. Hans H. Bauer**, Lehrstuhl für ABWL und Marketing, Universität  
Mannheim, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE 2002  
> > > <http://www.euro-online.de/ftp/programm02.pdf>  
Scroll down after link (page 10)

**und viele, viele andere mehr und häufig öfters waren  
Sprecher der Europäischen Congressmessen,**  
ohne Honorar- und Kostenerstattung, ohne Sponsoring mit Sylt- oder Toskana-  
Urlaub, in konzertiertem Zusammenwirken mit 300 bis 500 Referenten pro  
Congressmesse,  
**für den digitalen Vorsprung in Deutschland, Europa und weltweit.**

**Zu 04. Soziale und psychische Zerschlagung (Wahrheit 22 und 23):  
Sozialgerichte von Staatsanwaltschaft für Fortsetzung der  
politisch motivierten Sippenzerschlagung missbraucht  
Missbrauch deutscher Justiz im  
parallelem Sozialgerichtsverfahren S 39 P 231/12 mit  
Befangenheitsverfahren:  
Staatlich erzwungene Altersarmut von skrupellosen Staatsanwälten  
gnadenlos ausgenutzt für soziale und psychische Zerschlagung  
mit perversen "Ordnungswidrigkeitsverfahren",  
mit Missbrauch von Staatsgewalt, mit tumben Gerichtsvollzieher-Attacken,  
mit Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erziehungshaft, und  
mit anschließenden Sozialgerichtsverfahren  
*trotz eines herausragenden Lebenswerkes des  
Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen  
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa***

Der wirkliche Rechtsstaat hat nur eine Lösung:

**Öffentliche Rehabilitierung des Zerschlagungsopfers und Schadenersatz  
für politisch motivierte Sippenzerschlagung.**

Staatlich erzwungene Altersarmut mit Nutzungszwang zu Pfändungsschutz-Konto  
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers  
mit Weltklasse-Höchstleistungen  
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa  
ist die einzige Ursache, dass seit 2010 nach Auflösung ansehnlicher  
Altersrücklagen mit mehreren Lebensversicherungen und anderen  
Vermögenswerten keine Beiträge mehr zu sozialen Pflichtversicherungen bezahlt  
werden können.

**Das Zerschlagungsopfer braucht keine staatlichen Almosen für Kranken-  
und Pflegeversicherung,** weil ihm öffentliche Rehabilitierung und  
Schadenersatz zustehen. Zuständig sind die Verwaltungsgerichte in Berlin und  
Düsseldorf: Sieh Kapitel 01. Die Verrechnung der Beitragsrückstände sozialer  
Pflichtversicherungen mit Schadenersatz ist längst und immer wieder beantragt.

**Darüber hinaus:**

**Wahrheit 20:** Kein Weiter so! Wiederholte Anträge auf sofortige  
Härteleistungen für Beiträge zu sozialen Pflichtversicherungen.

**Es ist grober Missbrauch deutscher Justiz in sozialgerichtlichen Verfahren,  
die rechtsstaatliche Lösung zu behindern und statt dessen soziale und  
psychische Zerschlagung zu betreiben.** Schwerwiegende  
Argumente des Zerschlagungsopfers zum parallelen  
Sozialgerichtsverfahren S 39 P 231/12 sind daher auch Teil in diesem  
Verfahren:

**a) Besorgnis tiefster Befangenheit der verantwortlichen Richterin unter dem  
Einfluss skrupelloser Staatsanwälte** wird ausführlich begründet im  
zuständigen Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf>

Scroll down after link (page 174)

**b) Das Sozialgerichtsverfahren S 39 P 231/12 läuft seit Ende 2011, mit  
Unterbrechung durch perverse "Ordnungswidrigkeitsverfahren" am  
Amtsgericht Mettmann, unter Kontrolle weisungsgebundener  
Staatsanwälte.** Vorausgegangen und bis 2012 parallel ist eine  
**Petition an den Deutschen Bundestag:**

Als Anlage 6 einer umfangreichen Beweislage für öffentliche Rehabilitierung und  
Schadenersatz (Beweis-Ordner 4) vorgelegt:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 14)

Anlage 6 mit Anlage 6.1: Petition Pet 1-17-09-703-005442 an den Deutschen Bundestag (03/2010 - 01/2012)  
Ergänzungen zu Anlage 3.91

6.1 a) Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (zugesandt) im Widerspruch zur Realität, die der Petent in einem zerstörten Innovationsmarkt erfahren musste (siehe Einspruch in 6.1 c)

6.1 b) Sammelübersicht 346 zu Petitionen (recherchiert, nicht zugesandt), vom Bundestag beschlossen (Anzahl der anwesenden Bundestagsabgeordneten unbekannt)

6.1 c) Einspruch des Petenten mit Schriftsatz vom 17.12.2011 (Recherche zu einer skandalösen Petition, nicht mehr anerkannt)

6.1 d) Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2418/10 wegen erbärmlichen Missbrauch des Petitions-Grundrechtes und Täuschung des Petenten: Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung am 24.11.2010

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVG2611.pdf>

**Petition als Nr.32 in einem Massengrab des Deutschen Bundestags unter der regierenden Generation seit 1998 versenkt**

trotz Einspruch eines erledigten, echauffierten, leider ohnmächtigen Petenten mit Schriftsatz vom 17.12.2011

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet111217.pdf>

6.1 e) Unqualifizierte Absage vom 06.01.2012 nach Einspruch vom 17.12.2011 gemäß Anlage 6.1 c

6.1 f) Demokratie-Studie der Bertelsmann-Stiftung: Der Bundestag arbeitet am Volk vorbei (SPIEGEL ONLINE 08.12.2014)

**Seit 2010 ist das Bundeskanzleramt ausführlich über die Eingaben des Petition informiert und beauftragt Staatsanwälte mit dem Missbrauch deutscher Justiz für soziale und psychische Zerschlagung**

**c) Seit 2011: Perverse "Ordnungswidrigkeitsverfahren" am Amtsgericht Mettmann:**

**Zerschlagung 5: Psychische Zerschlagung unter Verantwortung von weisungsgebundener Staatsanwaltschaft mit beklagtem Weisungsgeber (Bundeskanzleramt)**

mit verfassungswidrigem Missbrauch des staatlichen Gewaltmonopols für massive Verstöße gegen deutsche Grundrechte, europäische und internationale Menschenrechte,

verfassungswidrige Beschlüsse, rechtswidrige

Ordnungswidrigkeitsverfahren, rechtsbeugende Bußgeldverfahren, Schikaneverfahren seit 2011 mit extremistischer Ausuferung

staatlicher Übergriffe zu

psychischer Zerschlagung, mehrfach schwere Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung und psychischer Folter,

Hausfriedensbruch, teuflisch geplante Rufschädigung mit Präsentation des wehrlosen Opfers in vergittertem Schwerverbrecher-

Polizeitransporter,

massiver Missbrauch von Staatsgewalt für heimtückisch ausgeführte, politisch motivierte Zerschlagungen mit direkter Unterstützung durch

skrupellose, diskriminierende, diffamierende, weisungsgebundene Staatsanwaltschaften und einer unterirdischen, hundsmiserablen

Justiz, Rechtsanspruch auf Schmerzensgeld wegen Erleiden von jahrelangem, staatsanwaltschaftlichem Verfolgungswahnsinn:

Extremistische Ausuferung von schikanierenden

„Ordnungswidrigkeitsverfahren“ am Amtsgericht Mettmann seit 2011

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME5.pdf>

Scroll down after link (page 5)

**Im November 2011** wurde die Klage des Versicherungsträgers nach Widerspruch gegen das Mahnverfahren vom Amtsgericht Mayen an das Sozialgericht Düsseldorf übergeben. Äußerst verwunderlich: Bis 2018 hat das Sozialgericht jede Entscheidung vermieden, jede Kommunikation unterbunden, obwohl das Opfer vom klagenden Versicherungsträger seit 2010 keine Versicherungsleistung mehr erhält.

**Offensichtlich ist, dass eine skrupellose Staatsanwaltschaft, verantwortlich für die kriminelle Durchsetzung einer perversen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik mit Weisung durch die politische Spitze in Deutschland, die Fäden zieht.**

**Sieh Antrag auf Immunitätsaufhebung des**

**Bundespräsidenten Frank Walter Steinmeier** an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf und an den Deutschen Bundestag, der schon in 2010 mit Niederschlagung einer Petition durch Mitglieder der Regierungsparteien (regierende Generation seit 1998) involviert ist.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf>

> > > Scroll down after link (page 48)

Seit 2011 ist das Opfer parallelen, verfassungswidrigen "Ordnungswidrigkeitsverfahren" am Amtsgericht Mettmann ausgesetzt **mit Beteiligung des Klägers als Zeugen, auf Betreiben einer skrupellosen Staatsanwaltschaft mit Eskalation zu mehrfacher Freiheitsberaubung und psychischer Folter** unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft, mit Versagung von jeglichem Gehör zu einer erdrückenden, Ordner-Reihenfüllenden Beweislage mit vernetzter Internet-Dokumentation **mit laufendem Verfahren am Amtsgericht Mettmann auch in 2019**, in dem vom Staatsanwalt erneut Erzwingungshaft (Deckmantel für Freiheitsberaubung) beantragt ist.

**Seit 2011 findet offensichtlich eine Abstimmung zwischen den Verfahren am Amtsgericht Mettmann und am Sozialgericht Düsseldorf statt,**

mit einer Unterbrechung des sozialgerichtlichen Verfahrens über mehr als 1,5 Jahre seit Ende April 2017 bis zum Gerichtsbescheid **S 39 P 231/12** vom 07.11.2018,

**ohne jede Kommunikation mit dem Opfer**, das in dieser Zwischenzeit eine weitere Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft hinnehmen musste:

**Sieh Missbrauch deutscher Justiz für psychische Folter:**

Verfassungsbeschwerde 2 BvR 1299/18 vom 18.Mai / 18.Juni 2018

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-22.pdf>> > > Scroll down after link (page 29)

Diese erneute Unterbrechung des sozialgerichtlichen Verfahrens im April 2017 zur Fortsetzung der psychischen Zerschlagung des Opfers mit krimineller Verletzung von Menschenrechte ist für das Ablehnungsgesuch **entscheidungsrelevant**. Perverse, kriminelle Beweggründe sind offensichtlich:

**Sieh Kapitel 113**

113. Auch Bundespräsident und Bundesverfassungsgericht sind informiert: Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen mit wiederholter Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft am Morgen des 14.Juni 2018 **Schriftsatz vom 31.Juli 2018 an das Verwaltungsgericht Berlin mit**

**Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitation, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit zweitem Schreiben an den Bundespräsidenten**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>

Scroll down after link (page 289)

d) Offensichtlich im Sozialgerichtsverfahren S 39 P 231/12:

**Staatsanwaltschaft, verantwortlich als Täter politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesopfer und kapitalen Vermögensschäden, hat sich selbst als Prozessbevollmächtigter des Klägers eingesetzt**

Für das Gericht leicht nachvollziehbar, für "Blinde mit Krückstock" erkennbar:

**"Hier wird getäuscht, was das Zeug hält"**

Skandalös: Rechtsanwalt, der aus Altersgründen in 2015 seine Anwaltszulassung zurückgegeben hat, als Prozessbevollmächtigter des Versicherungsträgers vorgetäuscht. Missbrauch eines sozialgerichtlichen Gerichtsbescheides zur Vermeidung einer mündlichen Verhandlung, um die Vortäuschung eines Rechtsanwalts im Ruhestand als Strohmann in heimtückischer Weise zu verbergen:

Wie skrupellos muss eine Staatsanwaltschaft sein, um einen solchen Skandal in Kumpanei mit einer Richterin durchzuziehen?

Beantragt ist Klärung, ob Versicherungsträger überhaupt informiert ist.

Offensichtlich: Seriöser Versicherungsträger und renommierte Rechtsanwaltskanzlei sind längst ausgestiegen

Alternativlos: Ablehnungsgesuch gegen die verantwortliche Richterin mit Nachweis skandalöser Vorgänge

Kein Weiter so mit

sozialer und psychischer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit, mit finaler Zerschlagung nach politisch motivierter Sippenzerschlagung trotz herausragendem Lebenswerk des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

**e) Punkte a bis d sind nur die Spitze eines Eisbergs,**

weil die sog. Dunkelziffer der Missbrauchsfälle viel höher sein muss,

indem alles vor dem Opfer verborgen gehalten wird,

indem selbst Gerichtsbescheide zum Zwecke der Täuschung missbraucht werden,

indem das Opfer zu einer nicht vorgelegten Klage schriftlich Stellung nehmen muss.

**Sieh Anlage SGD2-2019-00**

Anforderung einer vorenthaltenen Anklage vom 12.09.2018, schnellstmögliche Zusendung vom Beklagten mit Fax vom 01.02.2019 beantragt (Schreiben des Sozialgerichts vom 15.01.2019 am 19.01.2019 eingegangen)



**Zu 05. Soziale und psychische Zerschlagung (Wahrheit 22 und 23):  
Sozialgerichte von Staatsanwaltschaft für Fortsetzung der  
politisch motivierten Sippenzerschlagung missbraucht  
Missbrauch von unnötigen Mahnverfahren zur absichtlichen  
Schädigung des Zerschlagungsopfers durch Kostenmaximierung  
mit Gerichtsverfahren trotz ausführlicher Information  
Zurückweisung unerträglicher Diskriminierung: Beklagter ist  
nicht der Täter, sondern das Opfer, hier das Opfer sozialer und  
psychischer Zerschlagung in Fortsetzung von politisch  
motivierter Sippenzerschlagung  
Nachweis richterlicher Befangenheit in parallelem Befangenheitsverfahren  
im Zusammenhang mit diesem Verfahren  
Daher: Zurückweisung aller Kosten durch unnötige Mahnverfahren und  
sonstiger Zwangsmassnahmen und Kosten des Gerichtsverfahrens  
trotz ausführlicher Informationen an Staatsanwälte, an Kläger und ihre  
Rechtsanwälte  
trotz Anträge in den verwaltungsgerichtlichen Verfahren auf schnelle  
Härteleistungen und vorrangigen Schadenersatz für Verrechnung mit  
ausstehenden Sozialabgaben.**

Das Zerschlagungsopfer hat mit Schreiben des Sozialgerichts vom 15.01.2019,  
ohne jegliche Information zur Klage vom **12.09.2018**, die am Sozialgericht am  
14.01.2019 eingegangen ist,  
eine beglaubigte Abschrift zum Schreiben der Rechtsanwälte Giebel und  
Kollegen vom **19.12.2018** an das Amtsgericht Mayen in 2-facher Ausfertigung  
(Geschäftszeichen 18-6717073-0-3, Aktenzeichen der Rechtsanwälte: 7052192  
4) erhalten. Der darin enthaltene Antrag an das im Mahnbescheid bezeichnete  
Gericht zur Durchführung des von den Rechtsanwälten betriebenen Verfahrens  
ist zurückzuweisen, weil das Mahnverfahren und sonstige Zwangsverfahren völlig  
unnötig sind und lediglich dazu missbraucht werden, eine **absichtliche  
Schädigung des Zerschlagungsopfers durch Kostenmaximierung  
mit Gerichtsverfahren trotz ausführlicher Information über  
politisch motivierte Sippenzerschlagung zu erreichen. In gleicher  
Weise sind alle Kosten des Mahnverfahrens und des  
Gerichtsverfahrens zurückzuweisen.** Das Zerschlagungsopfer wird  
zur Stellungnahme aufgefordert, obwohl ihm die Klage trotz  
schriftlicher Aufforderung vorenthalten wird.

Das Zerschlagungsopfer hat sowohl den Versicherungsträger (seit 2010 laufend  
informiert) als auch die Rechtsanwälte ausführlich  
**über die ungeheuerlichen Vorgänge der politisch motivierten  
Sippenzerschlagung und ihre kapitalen Schadenswirkungen sowie  
über die Anträge in den verwaltungsgerichtlichen Verfahren auf schnelle  
Härteleistungen und vorrangigen Schadenersatz für Verrechnung mit  
ausstehenden Sozialabgaben informiert,**  
der Kläger verweigert jegliche Stellungnahme: .Sieh

#### **Anlage SGD2-2019-03**

**Schreiben an DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G. vom 25.Aug.2018  
mit Kopie an Verwaltungsgericht Berlin (Umfang 33 Seiten inkl. Anlagen )  
mit Information über Antrag auf sofortige Härteleistungen  
für Opfer extremistischer Übergriffe und  
über vorrangige Anträge für Schadenersatz  
wegen politisch motivierter Sippenzerschlagung  
zwecks Verrechnung mit ausstehenden Sozialabgaben**

Sieh **Anlage DEB2018-1 (Kapitel 118)**

Schriftsatz vom 22.Aug. 2018 an das Verwaltungsgericht Berlin mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution nach zweitem Schreiben an den Bundespräsidenten ohne Antwort  
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf>

**Anlage SGD2-2019-04**

**Schreiben an RAe Giebel und Kollegen vom 30.Aug.2018 mit Anlagen Anlage DEB2018-1**

Schriftsatz vom 22.Aug. 2018 an das Verwaltungsgericht Berlin mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution nach zweitem Schreiben an den Bundespräsidenten ohne Antwort  
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf>

**Anlage SGD2-2019-05**

**Schreiben an RAe Giebel und Kollegen vom 27.Okt.2018 mit Anlagen Anlage 181027**

Schriftsatz vom 23.Okt.2018 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Erinnerung an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung und Schadenersatz mit begründetem Antrag (Forts.) auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten und mit begründeter Antragserweiterung auf seine Immunitätsaufhebung bei den Verwaltungsgerichten Düsseldorf und Berlin trotz federführender Verantwortung zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesopfer

136. In den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mehrfach beantragt: Stellungnahme und Zeugnis des heutigen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier als verantwortlicher Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005) zur Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik in 1998-20XX Geballte Arroganz und Menschenrechte verachtende Ignoranz der regierenden Generation seit 1998

hier am Beispiel des beklagten öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Beklagter zu Zerschlagung 3)

Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit **Verlust eines Menschenlebens nach Treib- und Hetzjagd bis in den Tod, Zerschlagung der deutschen Heimat, Rufmord und kapitalen Vermögensschäden,**

trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa

137. Gegen eine Mauer des Schweigens:

**Antragserweiterung auf Immunitätsaufhebung von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier**

wegen seiner Beteiligung an der Mauer des Schweigens zu einer heimtückischen Umverteilungspolitik und perversen Zerschlagungspolitik unter seiner Amtszeit als Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)

Wahrheiten 01 bis 21 mit Anspruch auf Stellungnahme

Europäische Congressmessen ONLINE: Zerschlagungsmasse einer geheimen Vereinbarung von Bundeskanzler(in) und Autogewerkschaften

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf>

Scroll down after link (page 237)

**Entsprechend den vorgelegten Anlagen ist nachgewiesen,**

> dass vom Zerschlagungsoffer alle juristischen Anstrengungen unternommen werden, die in seiner Macht stehen, um soziale Pflichtabgaben vorzunehmen,  
> dass die Klägerseite umfangreich seit 2010 informiert wird, wie auch die in 2018 von Staatsanwälten vorgeschobenen Rechtsanwälte Giebel und Kollegen (anstatt: ausgestiegene Rechtsanwälte Dr. Caspers, Mock & Partner, Koblenz),  
> dass die Klägerseite überhaupt kein Interesse an diesen Informationen hat, mit keinem einzigen Wort darauf eingeht, sondern einfach nur "Kasse machen" möchte im 2-stelligen Tausender-Bereich, obwohl sie als Träger sozialer Versicherungen einer Sozialethik verpflichtet ist.  
> dass ein perverses Schweigen des Versicherungsträgers, verantwortlich für soziale Sicherheit, zu ungeheuerlichen Vorgängen der sozialen und psychischen Zerschlagung, nur noch den politisch motivierten Missbrauch von Sozialgerichten zur finalen Zerschlagen verdeutlichen kann.

**Die Klägerseite, die seit 2010 auch keine Krankenversicherungsleistungen mehr erbringt, wird von einer skrupellosen Staatsanwaltschaft instruiert,** die verantwortlich ist für eine politisch motivierte Sippenzerschlagung mit Todesopfer und kapitalen Vermögensschäden bei krimineller Umsetzung einer gigantischen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der regierenden Generation seit 1998, unter direkter Verantwortung der politischen Spitze in Deutschland.

In diesem Zusammenhang ist weiterhin auf das parallele Befangenheitsverfahren S19 SF 680/18 AB zu verweisen, indem eine **unerträgliche Ungleichbehandlung der Parteien nachgewiesen ist, mit einer unerträglichen Richterbefangenheit zugunsten des Klägers,** der in Wirklichkeit von weisungsgebundenen Staatsanwälten vertreten wird, **indem das Hinauszögern einer Entscheidung seit 2012 Faktum ist** und Rechtsanwälte als "Strohmannen" missbraucht werden, **indem grobe Verfahrensfehler nachgewiesen sind** (z.B. Aufforderung zur Stellungnahme zu einer Klage, die vorenthalten wird, oder Missbrauch eines Richterbescheids, um das Aufdecken staatsanwaltschaftlicher Umtriebe zu verbergen)

**Kein Weiter-so mit  
perversem Nicht-Sehen, Nicht-Hören, Nicht-Wissen!**

**Zu 06. Soziale und psychische Zerschlagung (Wahrheit 22 und 23):  
Missbrauch horrender Beitragsrückstände seit 2010 zur finalen  
Zerschlagung trotz erdrückender Beweislage zu Sippenzerschlagung mit  
Zerschlagung 1, Zerschlagung 2 und Zerschlagung 3, vorgelegt in allen  
Instanzen ordentlicher Gerichtsbarkeit und Verwaltungsgerichtsbarkeit bis  
zum Bundesverfassungsgericht**

**Daher: Antrag auf Verrechnung der Sozialversicherungsbeiträge mit  
Schmerzensgeld und Schadenersatz für politisch motivierte  
Sippenzerschlagung mit Todesopfer und kapitalen Vermögensschäden,  
beklagt an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf  
Kein Weiter so! Daher:**

**Antrag auf Immunitätsaufhebung des  
Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier  
wegen seiner politischen Vergangenheit als Chef des Bundeskanzleramtes  
von 1999-2005 mit krimineller Durchsetzung seiner beklagten  
Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik gegen die Sippe des  
Zerschlagungsopfers und die Fortsetzung mit sozialer und psychischer  
Zerschlagung durch weisungsgebundene Staatsanwaltschaften**

Der Beklagte ist das Opfer und nicht der Täter. Er ist das lebende  
Zerschlagungsopfer einer seit 1998 regierenden Generation, die verantwortlich ist  
für eine

**heimtückische Umverteilungspolitik und perverse Zerschlagungspolitik  
mit politisch motivierter Sippenzerschlagung:**

Sieh 23 Wahrheiten gemäß Kapitel 02.

Trotz intensiver Bemühungen seit 2010 und

trotz erdrückender Beweislage und

trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen  
für digitale Evolution in Deutschland und Europa

wird dem Opfer bis heute rechtliches Gehör für öffentliche Rehabilitierung und  
Schadenersatz versagt

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise2.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise3.pdf>

**Es ist verabscheuenswert und unerträglich, soziale Verantwortung  
vorzuheucheln, aber individuelle Zerschlagung zum eigenen Vorteil zu betreiben.**

**Es ist unerträgliche Heuchelei eines Versicherungsträgers, der Sozialethik  
rücksichtslos dazu missbraucht, um an der Zerschlagung einzelner  
Versicherungsnehmer teilzunehmen mit dem Ziel, finanzielle Vorteile aus der  
Zerschlagung zu ziehen, obwohl er seit 2010 keine Versicherungsleistungen  
mehr erbringt.**

**Es ist unerträgliche Heuchelei eines Versicherungsträgers, für den  
Individuelethik keinerlei Stellenwert hat. Der Kläger kennt kein moralisches  
Handeln. Obwohl der Kläger als Beteiligter ausführlich informiert ist, hält er es für  
angebracht, an den politisch motivierten Zerschlagungen des Betroffenen als  
Kläger, als Zeuge und als Vollstrecker mitzuwirken, ohne eine einzige  
Versicherungsleistung zu erbringen. Seit 8 Jahren. Das ist eine Spitzenleistung  
von unmoralischem Handeln.**

Es geht um Versicherungsleistungen an

**Angehörige der Kriegsgeneration 1941,**

die Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland erbracht haben und Opfer einer  
gigantischen, heimtückischen, perversen Umverteilungs- und  
Zerschlagungspolitik unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998.

An Anspruch und Antrag auf rechtsstaatliches Verfahren wird erneut erinnert.

**Der Betroffene ist nicht Täter, sondern Opfer** politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe:

Beklagt wird die ausufernde Eskalation staatlicher Übergriffe zur Sippenzerschlagung mit Todesopfer und kapitalen Vermögensschäden bis zu staatlich erzwungener Altersarmut mit Nutzungszwang zu Pfändungsschutzkonto

**unter Verantwortung der beklagten Bundesregierung**

(Zerschlagung 1,

Verwaltungsgericht Berlin, 27.Kammer VG 27 K 308.14) und

**unter Verantwortung der Bayerischen Staatsregierung**

(Zerschlagung 2 parallel zur Zerschlagung 1)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf>

Scroll down after link (page 50)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise2.pdf>

**unter Verantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks**

(Zerschlagung 3,

Verwaltungsgericht Düsseldorf, 27.Kammer 27 K 4325/18)

**unter Verantwortung sozialer Pflichtversicherungen (Kläger)**

(Zerschlagung 4, soziale Zerschlagung)

**unter Verantwortung weisungsgebundener, skrupelloser**

**Staatsanwaltschaften** (Zerschlagung 5, psychische Zerschlagung mit massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte)

**Hiermit wird Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier gemäß Kapitel 02 beantragt:**

Wenn ein deutscher Bundespräsident nicht antworten will und keine Brücken bauen will, hat er einen Grund, einen Grund, den er lieber verschweigen möchte:

**Seine Vergangenheit**

**als Chef des Bundeskanzleramtes 1999-2005.**

Das Zerschlagungsopfer hat den Bundespräsidenten zweimal angeschrieben und um Stellungnahme gebeten, hat aber keine Antwort erhalten:

**Daher: Immunitätsaufhebung von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier**

**gerichtlich und beim Deutschen Bundestag beantragt:**

**beim Verwaltungsgericht Berlin (VG 27 K 308.14) und**

**beim Verwaltungsgericht Düsseldorf (27 K 4325/18)**

**beim Sozialgericht Düsseldorf (S 39 P 19/19)**

**beim Präsidenten des Deutschen Bundestags (Anlage SGD2-2019-01)**

Der Präsident des Deutschen Bundestags sowie der Präsident des Bundesverfassungsgericht wurden persönlich und amtlich darüber informiert. Mit Schreiben vom 15.Januar 2019 an den Präsidenten des Deutschen Bundestags wurde die Immunitätsaufhebung auch im Deutschen Bundestag beantragt: Sieh

**Anlage SGD2-2019-01**

Antrag auf Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland Frank-Walter Steinmeier mit Schreiben vom 15.Januar 2019 an den Bundestagspräsidenten

Extremistische staatliche Übergriffe zur Durchsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen sind ein Frontalangriff auf das Grundgesetz:

**„Man muss das Grundgesetz nicht lieben, aber man muss es respektieren“, so der Präsident des Bundesverfassungsgerichts. Das Grundgesetz soll staatliche Übergriffe verhindern und nicht schützen.** Dies gilt insbesondere für extremistische staatliche Übergriffe.

Mit der Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland Frank-Walter Steinmeier will das Zerschlagungsoffer endlich rechtliches Gehör für

**soziale und psychische Zerschlagung (Wahrheit 22 und 23)  
im Umfeld von politisch motivierter Sippenzerschlagung  
mit einer Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und  
mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden Zerschlagungsoffer  
erreichen.**

Velbert, 10. Februar 2019



Albin L. Ockl



Dipl.-Ing.  
Albin L. Ockl

**Ich bin stolz darauf, als Gründer und Organisator unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, die Leitveranstaltung für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben, mit einem herausragenden Lebenswerk für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, ohne Subventionen, und so eine beachtliche Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa erbracht zu haben.**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 18)

**Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben. Nach der Zerschlagung waren wir gezwungen, unser Congressmesse-Archiv mit allen Congressbänden zu über 260 Congressen in unser Privathaus zu retten, zum Schutz gegen Verlust infolge politisch motivierter Zerschlagungen. Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage, in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen"**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Scroll down after link (page 24)

**Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen z.B. bereits in 1987 einen Congress für Künstliche Intelligenz (KI) mit 4 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in einem ISBN-nummerierten Congressband (ISBN 3-89077-048-7), geplant und ausgeführt haben.**

**Künstliche Intelligenz wird von der Politik in 2018 als die Zukunftsperspektive gepriesen, in der letzten CeBIT in 2018, die nun eingestellt ist trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000, und auf dem Digital-Gipfel im Dezember 2018, der Nachfolge-Veranstaltung nach Zerschlagung unserer Europäischen Congressmessen unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums**

> > > <https://ifdt.org/kpf/>

> > > [http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH\\_87.pdf](http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf)

**Anlagen** in diesem Schriftsatz

**Anlage SGD2-2019-00**

Anforderung einer vorenthaltenen Anklage vom 12.09.2018, schnellstmögliche Zusendung vom Beklagten mit Fax vom 01.02.2019 beantragt (Schreiben des Sozialgerichts vom 15.01.2019 am 19.01.2019 eingegangen)

**Anlage SGD2-2019-01**

Antrag auf Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland Frank-Walter Steinmeier mit Schreiben vom 15. Januar 2019 an den Bundestagspräsidenten

**Anlage SGD2-2019-02**

Presseinformation Nr.10 als Anlage zum Antrag auf Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland Frank-Walter Steinmeier  
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1901.pdf>

**Anlage SGD2-2019-03**

Schreiben an DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G. vom 25.Aug.2018 mit Kopie an das Verwaltungsgericht Berlin (Umfang 33 Seiten inkl. Anlagen ) mit Information über **Antrag auf sofortige Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe und vorrangige Anträge für Schadenersatz wegen politisch motivierter Sippenerschlagung zwecks Verrechnung mit ausstehenden Sozialabgaben**

Sieh **Anlage DEB2018-1 (Kapitel 118)**

Schriftsatz vom 22.Aug. 2018 an das Verwaltungsgericht Berlin mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution nach zweitem Schreiben an den Bundespräsidenten ohne Antwort  
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf>

**Anlage SGD2-2019-04**

Schreiben an RAe Giebel und Kollegen vom 30.Aug.2018 mit Anlagen

**Anlage DEB2018-1**

Schriftsatz vom 22.Aug. 2018 an das Verwaltungsgericht Berlin mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution nach zweitem Schreiben an den Bundespräsidenten ohne Antwort  
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf>

**Anlage SGD2-2019-05**

Schreiben an RAe Giebel und Kollegen vom 27.Okt.2018 mit Anlagen

**Anlage 181027**

Schriftsatz vom 23.Okt.2018 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Erinnerung an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung und Schadenersatz mit begründetem Antrag (Forts.) auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten und mit begründeter Antragserweiterung auf seine Immunitätsaufhebung bei den Verwaltungsgerichten Düsseldorf und Berlin trotz federführender Verantwortung zu politisch motivierter Sippenerschlagung mit Todesopfer



136. In den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mehrfach beantragt: Stellungnahme und Zeugnis des heutigen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier als verantwortlicher Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005) zur Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik in 1998-20XX Geballte Arroganz und Menschenrechte verachtende Ignoranz der regierenden Generation seit 1998 hier am Beispiel des beklagten öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Beklagter zu Zerschlagung 3) Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit **Verlust eines Menschenlebens nach Treib- und Hetzjagd bis in den Tod, Zerschlagung der deutschen Heimat, Rufmord und kapitalen Vermögensschäden,** trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa

137. Gegen eine Mauer des Schweigens:  
**Antragserweiterung auf Immunitätsaufhebung von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier** wegen seiner Beteiligung an der Mauer des Schweigens zu einer heimtückischen Umverteilungspolitik und perversen Zerschlagungspolitik unter seiner Amtszeit als Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005) Wahrheiten 01 bis 21 mit Anspruch auf Stellungnahme Europäische Congressmessen ONLINE: Zerschlagungsmasse einer geheimen Vereinbarung von Bundeskanzler(in) und Autogewerkschaften  
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf>  
Scroll down after link (page 237)

**Anlagen** im Schriftsatz vom 23.Nov.2018 an das Sozialgericht

**Anlage SGD-2018-01**

Freispruch von 17.07.2013 auf Kosten der Staatskasse im Ordnungswidrigkeitsverfahren 33 OWi-923 Js 1396/12-12/13

**Anlage SGD-2018-02**

Aufhebung der mündlichen Verhandlung mit Benachrichtigung vom 16.03.2017 am Sozialgericht Düsseldorf (S 39 P 231/12) sowie Benachrichtigung vom 07.03.2017 über Unterbevollmächtigte BÖHM Rechtsanwälte

**Anlage SGD-2018-03**

Neue Verfahren mit neuen Rechtsanwälten, offensichtlich im Auftrag von Staatsanwälten zu Forderungen der DEBEKA Krankenversicherung: Pflegepflichtvers. 0190694500.9 in Höhe von 13.118,11 EUR

**Anlage SGD-2018-04**

Neue Verfahren mit neuen Rechtsanwälten, offensichtlich im Auftrag von Staatsanwälten zu Forderungen der DEBEKA Krankenversicherung: Krankenvers. 0190694500.9 in Höhe von 11.786,67 EUR

**Anlagen** im Schriftsatz vom 26.April 2017

**Anlage OVG-04a**

Wiederholte Zurückweisung des Missbrauchs von Staatsgewalt in besonders schweren Fällen von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe mit Hinweis auf Staatshaftung und Einspruch vom 10.März 2017 und 15.April 2017 gegen parallele Zwangsmaßnahmen des Klägers  
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-2.pdf>

**Anlagen** im Schriftsatz vom 12.März 2017:

**Anlage BVG-01**

**Verfassungsbeschwerde vom 20.Jan.2017 zu Zerschlagung 1**

(1 BvR 382/17, 40 Seiten, 136 Seiten inkl. Anlagen, umfangreiche Beweisunterlagen in 5 Ordnern und mit Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv des Beklagten mit 13 ISBN-nummerierten Congressbänden der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 zu Verfassungsbeschwerde vom 18.Dez.2015, 1 BvR 276/16, angeliefert) wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu Zerschlagung 1 mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts Aktenzeichen: I-18 W 36/15, Oberlandesgericht Düsseldorf, 2 O 70/15 Landgericht Wuppertal Klage auf Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile, Zerstörung eines herausragenden Lebenswerkes, Zerstörung der Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen, soziale Ausgrenzung wegen politisch motivierter, heimtückisch ausgeführter Zerschlagung mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15.pdf>

Verfassungsbeschwerde

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf>

## **Anlage BVG-02**

### **Verfassungsbeschwerde vom 18.Feb.2017 zu Zerschlagung 2**

(AR 1475/17, 32 Seiten, 1120 Seiten inkl. Beweisunterlagen in 2 Ordnern)

wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu einer eskalierten Sippenzerschlagung mit Todesopfer

mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts

Aktenzeichen: I-18 W 48/16 Oberlandesgericht Düsseldorf,

2 O 163/16 Landgericht Wuppertal,

Klage auf Schadenersatz einschließlich posthume Rehabilitierung seines verstorbenen Bruders

wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung seines Bruders in einer langjährigen Treib- und Hetzjagd bis in den Tod,

nach zwei Petitionen an den Bayerischen Landtag,

nach krimineller Rechtsbeugung in Verwaltung und Verwaltungsjustiz,

nach Strafanzeige beim Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof

wegen Zerschlagung mit tödlichem Finale und Fortsetzung der Zerschlagung

seines einzigen Rechtsnachfolgers in NRW, mit kapitalen Vermögensschäden, vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf>

Verfassungsbeschwerde

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf>

Ruhestätte seines verstorbenen Bruders nach

politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung mit Todesfolge mit Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit

nach zwei Petitionen (1999/2001 und 2010/2011) an den Bayerischen Landtag

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf>

## **Anlage STA-03**

### **Anhörungsrüge vom 25.Feb.2017 zum Scherbenhaufen rechtsbeugender Justiz**

#### **an das Amtsgericht Mettmann wegen Zerschlagung 4 (neu)**

und in Kopie an

das Landgericht Wuppertal und Staatsanwaltschaft Wuppertal

(33 OWi-723 Js 331/16-39/16, 39 Seiten)

wegen strafbarer Rechtsbeugung im nachgelieferten Urteil des Hauptverfahrens vom 10.Aug.2016 (Verurteilung wegen Verkehrsordnungswidrigkeit aufgrund von Nichtleistung der Beiträge zur privaten Pflegepflichtversicherung infolge staatlich erzwungener Altersarmut)

#### **mit einem diskriminierenden und diffamierenden Sammelsurium von Unwahrheiten und Halbwahrheiten (aus dem Kontext gerissen)**

mit Versagung von rechtlichem Gehör zu beantragten Berufungsverfahren und zu sofortigen Beschwerden,

nach Versagung von rechtlichem Gehör zu

unverschuldeter, staatlich erzwungener Notlage infolge politisch motivierter, heimtückisch ausgeführter Zerschlagungen des Verurteilten,

im Zuge einer gigantischen Umverteilungsoperation nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit staatlicher Diskriminierung und Diffamierung (Zerschlagung 1)

Versagung von rechtlichem Gehör zu politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung seines Bruders, mit einer Treib- und Hetzjagd bis in den Tod, mit krimineller Rechtsbeugung bayerischer Verwaltungsjustiz vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit und mit kapitalen Vermögensschäden (Zerschlagung 2)

nach schikanierenden, rechtswidrigen Ordnungswidrigkeitsverfahren seit 2011 am Amtsgericht Mettmann mit eskalierenden Verstößen gegen internationale Menschenrechte (Freiheitsberaubung mit körperlicher Gewaltanwendung,

Hausfriedensbruch und Vollstreckung gegen Unschuldige mit diskriminierender Rufschädigung) durch namenlose Kreispolizei ohne Ausweis, ohne Durchsuchungsbefehl, ohne Haftbefehl gegen einen wehrlosen Rentner der Kriegsgeneration von 1941

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf>

Scroll down after link (page 109)

nach Verfassungsbeschwerde 2 BvR 741/16 (AR 1204/16) vom 14.Feb.2016 wegen Versagung von rechtlichem Gehör zu psychischer Zerschlagung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf>

#### **Anlage OVG-04**

Zurückgewiesene Zwangsvollstreckungsmaßnahme DR II 0239/17 der klagenden DEBEKA aus einem verfassungswidrigen künstlichen Teilversäumnisurteil infolge Missbrauch eingeschränkter Prozesskostenhilfe mit Versagung eines Berufungsantrags und mit Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht (1 BvR 928/16)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-16.pdf>

#### **Anlage DEBEKA-05**

Beweis für verlustreichen Rückkauf einer DEBEKA-Lebensversicherung mit der Versicherungssumme von 61.000 EUR in 2008, um monatliche Kosten für soziale Pflichtversicherungen bezahlen zu können. Bereits früher als **Anlage3** zugesandt.

#### **Anlage LGW-06**

Antrag an die 2.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal zur Fortsetzung der Schadenersatzverfahren unter Beachtung der Verfassungsbeschwerden vom 20.Jan.2017 und 18.Feb.2017.

Folgende Anlagen wurden bis dato übergeben:

**Anlage1:** Dokumentation einer langjährigen DEBEKA-Mitgliedschaft seit 1968

**Anlage2:** Weitere DEBEKA-Versicherungen: Haftpflicht, Hausrat, Lebensversicherung

**Anlage3:** Verlustreicher Zwangsrückkauf der DEBEKA-Lebensversicherung

**Anlage4:** Zurückweisung einer exorbitanten, sittenwidriger Änderung des Krankenversicherungsvertrages wegen der Forderung auf Stundung der Krankenversicherungsbeiträge

**Anlage5:** Periodische Bußgeldbescheide der Kreisverwaltung Mettmann auf Veranlassung durch die DEBEKA (Kläger) wegen der Forderung auf Stundung der Pflegeversicherungsbeiträge

**Anlage6:** Klage der DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G., vertreten durch RAe Dr.Caspers, Mock & Partner (Kläger), vor dem Amtsgericht Mayen / Landgericht Wuppertal auf Zwangsmaßnahmen zur Durchsetzung eines Mahnbescheides des Amtsgerichtes Mayen wegen Nicht-Anerkennung der vom Beklagten begehrten Stundung der Krankenversicherungsbeiträge und zur Zahlung von involvierten Rechtskosten, in der Internet-Cloud nachlesbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/LG-WUP-2.pdf>

**Anlage7:** Bestätigung der laufenden Verfassungsbeschwerde 2 BvR 397/13, aktueller Stand der Verfassungsbeschwerde nachlesbar in der Internet-Cloud:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Legende.pdf>

**Anlage8:** Information an den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland mit Schriftsatz vom 28.03.2013 über ungeheuerliche, unerträgliche Zustände

Nachlesbar in der Internet-Cloud:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf>

**Anlage9:** Drei Schriftsätze vom 15.01.2013, 12.02.2013 und 11.03.2013 zur laufenden Verfassungsbeschwerde 2 BvR 397/13

Nachlesbar in der Internet-Cloud:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-13.pdf>

**Anlage10:** Unterlagen zum Bußgeld-Verfahren / Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann (Blatt 1 bis 4)

**Anlage11:** Unterlagen zum Gerichtsverfahren am Landgericht Wuppertal / Oberlandesgericht Düsseldorf (Blatt 1 bis 2)

**Anlage12a / 12b:** Schreiben als Antwort auf ständige Mahnungen mit Hinweis auf Lebensversicherung, die der Beklagte vorzeitig unter Verlust auflösen musste, um die laufenden Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung weiter bezahlen zu können

**Anlage13a / 13b:** Briefwechsel anlässlich der Einleitung eines bis heute andauernden Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann durch den Kläger

**Anlage 14:** Schriftliche Fixierung des Antrags auf Stundung der Versicherungsbeiträge mit Fax vom 28.09.2011

**Anlage 15:** Presseinformation zu

**Von Ground Zero zu Ground Zero:**

**Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal in Deutschland.**

**Rechtsstaatliche** Verfahren mit Rechtsprechung nach Gesetz und Recht, höchstrichterliche Entscheidungen **bis heute verweigert.**

**Schadenersatz und Rehabilitierung sind Voraussetzung, um soziale und steuerliche Verpflichtungen wieder erfüllen zu können.**

Nachlesbar in der Internet-Cloud:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1308.pdf>

**Anlage16:** Freispruch des Amtsgerichtes Mettmann vom 17.07.2013 zum Bußgeldverfahren und Ordnungswidrigkeitsverfahren wegen Nichtzahlung der Beiträge zur privaten Pflegeversicherung mit Zeugenunterstützung durch den Kläger

**Anlage17:** Mitteilung des Amtsgerichtes Mettmann vom 20.03.2014, dass der Zulassungsantrag der Rechtsbeschwerde von der Staatsanwaltschaft zurückgenommen wurde

**Anlage18:** Schreiben der Rechtsanwälte des Klägers vom 15.10.2013 an das Sozialgericht Düsseldorf mit der Spitzenleistung von 2 diskriminierenden Statements in einem 3-Zeiler

**Anlage19:** Informationen im Schriftsatz vom 12.05.2014 über verwaltungsgerichtliche Anstrengungen, eine Entscheidung herbeizuführen

**Anlage 20:** Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)

gegen Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Bundesregierung unter Verantwortung der Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel

(Beklagte)

mit Beiladung von Kläger und Beklagten weiterer beteiligter Gerichtsverfahren

**Legende des sozial-gerichtlichen Verfahrens wegen beantragter Stundung**  
der Pflegeversicherungsbeiträge bis zur Verrechnung mit dem Rechtsanspruch  
auf Schadenersatz und Rehabilitation wegen verheerender Folgewirkungen der  
UMTS-Auktion2000 und totaler Anschlussdiskriminierung

**Stellungnahme des Beklagten mit Schriftsatz vom 08.01.2013 zur Klage der  
DEBEKA Hauptverwaltung mit Schreiben des Sozialgerichtes Düsseldorf  
vom 03.12.2012 (eingegangen am 07.12.2012)**

Zu 01. *Innovation durch Telekommunikation*

Über 260 Congressbände zu über 260 Congressen,  
zu den Innovationsschwerpunkten der  
Telekommunikation in den Jahren 1976 – 2003 sind  
Beweis für erbrachte Welt-Höchstleistungen

02. Unsere Notsituation, ohne Eigenverschulden, trotz Weltklasse-

Höchstleistungen: UMTS-Auktion 2000 und deren verheerenden Folgewirkungen

03. "Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist  
Verpflichtung aller staatlichen Gewalt" (Art 1 Abs.(1) GG)

Trotz Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland:

Bis heute totale Ablehnung durch deutsche Justiz und soziale Institutionen. Bis  
heute Spitzenleistung von Ignoranz und Diskriminierung.

Bundesrepublik Deutschland: Liquidierung der UMTS-Opfer durch  
Zwangsmaßnahmen aussitzen

04. Notsituation des Klägers trotz langjähriger Mitgliedschaft über mehr als 45  
Jahre gnadenlos ausgenutzt

05. Unerträglich für Opfer der UMTS-Auktion:

Von einem Kläger mit Geld-Hai-Manieren wie "eine Sau durchs Dorf getrieben"  
mit ständig neuen Horror-Versicherungen, Bußgeldverfahren, Mahnbescheiden  
und neuen Gerichtsaktionen

06. Exzessive Spitzenleistungen des klagenden Versicherungsunternehmens  
gegen langjährige Versicherungsnehmer: Bußgeldbescheide,  
Ordnungswidrigkeitsverfahren, Diffamierung als "UMTS-Geschichte", Geld-Hai-  
Strategien anstatt Versicherungsleistungen, von Mahnbescheiden zu Prozessen  
bei Landgericht und Sozialgericht

07. Deutsche Justiz hat eine nicht zu entschuldigende Mitverantwortung an der  
eskalierenden Situation, weil bis heute  
keinerlei Beweise und Zeugen zugelassen,  
keinerlei Prozesskostenhilfe für eine anwaltliche Vertretung,  
keine Zulassung zu höchstrichterlichen Entscheidungen,  
keinerlei Bereitschaft für Diskussion der Sachargumente zu verheerenden  
Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler  
Diskriminierung

08. Begründung des Klägers im Widerspruch zur praktischen Anwendung seit  
mehreren Jahren:

Versicherungsbeziehungen sind längst zerstört. Begründung und Verhalten des  
Klägers sind absurd, widersinnig und absolut verabscheuungswürdig.

09. Beklagter stellt folgende Anträge

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf>

**Stellungnahme des Beklagten zum Schreiben des Sozialgerichts vom 22.03.2013 mit Schriftsatz vom 08.04.2013**

10. Rechtsstaatlichkeit einer Gerichtsentscheidung gemäß § 105

Sozialgerichtsgesetz: Wie denn?

11. Geschädigte / Beklagte aus der Kriegsgeneration des Jahrgangs 1941, die mit ihrem Lebenswerk Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland abgeliefert haben, werden nur problemlösende Rechtsstaatlichkeit nach Art.20 Abs.3 GG anerkennen

12. Deutscher Staat hat Verantwortung für gravierenden Missbrauch des Regulierungsrechtes

Bundesverfassungsgericht hat volle Verantwortung für Justizirrtum

13. Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland informiert mit Schriftsatz vom 28.03.2013 über ungeheuerliche, unerträgliche Zustände

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf>

**Stellungnahme des Beklagten zum Schreiben des Sozialgerichts vom 29.04.2013 mit Schriftsatz vom 21.05.2013**

14. Unerträgliche Anhörungsresistenz des Klägers:

Zwei Sätze des Klägers in doppelter Ausfertigung zu einem Scherbenhaufen von Pflegeversicherung und Krankenversicherung

15. Kläger verstößt mindestens im vorliegenden Fall der Pflegeversicherung gegen das Grundgesetz:

Treib- und Hetzjagd mit 3 Klageverfahren gegen den Versicherungsnehmer wegen eines vom Beklagten nicht verschuldeten Tatbestandes

16. Beklagter wird mit drei Gerichtsverfahren schikaniert, erhält bis heute keine Prozesskostenhilfe, hat Anspruch auf Rechtsstaatlichkeit:

Welches Gericht ist denn nun zuständig?

17. Anstatt Verstoß gegen Rechtsstaatlichkeit und gegen Grundgesetz:

Sozialgericht als Mediator für eine richtungsweisende, rechtsstaatliche Lösung?

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf>

**Stellungnahme des Beklagten zum Schreiben des Klägers vom 18.06.2013.2013 (eingegangen am 22.06.2013) mit Schriftsatz vom 05.07.2013**

18. Kläger hat eine 7 Zeilen umfassende Positionierung abgegeben:

Unerträgliche Ignoranz zur Notsituation des Beklagten, der vom Kläger einfach nur im Stich gelassen wurde, keinerlei Beratung erhalten hat, statt dessen stets nur Zahlungsaufforderungen erhalten hat

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf>

**Stellungnahme des Beklagten zum Schreiben des Sozialgerichts vom 29.07.2013 (eingegangen am 01.08.2013) mit Schriftsatz vom 20.08.2013**

19. Warum hat das "Gesetz zur Beseitigung sozialer Überforderung bei Beitragsschulden in der Krankenversicherung" (in Kraft seit 01.08.2013) für die Beklagte keinerlei Relevanz?

20. Warum ist auch ein Notlagentarif keine Lösung?

Weil den Beklagten die Zahlungsfähigkeit für den Notlagentarif weggenommen wurde

21. Staatshaftung in einem Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal:

Schadenersatz und Rehabilitation sind Voraussetzung, um soziale und steuerliche Verpflichtungen wieder erfüllen zu können

22. Ruhen des Verfahrens, Aussetzen des Verfahrens oder Stundung der Beiträge?

Bis zur Durchführung eines rechtsstaatlichen Gerichtsverfahrens

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf>

**Stellungnahme des Beklagten zum Schreiben des Sozialgerichts vom 04.04.2014 (eingegangen am 11.04.2014) mit Schriftsatz vom 22.04.2014**

23. Nullwertige und substanzlose Qualität der schriftlichen Einlassungen des Klägers:

Pure Ignoranz und Desinteresse nicht mehr zumutbar für den Beklagten

24. Kläger: „Die Sache ist aus unserer Sicht ausgeschrieben“

Beklagter:

Wahrheit mit Zulassung von Beweisen und Zeugen endlich auf den Tisch

Existenz-Grundlage mit Staatsgewalt zerstört, Altersrücklage vernichtet,

Unerträglich: Perspektive auf Liquidierung mit Zwangsabgaben

25. Nicht mehr hinnehmbar: Bewusste Rechtsanwendung ohne Berücksichtigung verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 ebenso wie

ständiges Desinteresse, Diskriminierung und Diffamierung wegen

verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000

Unverzichtbar: Rechtsstaatliches Verfahren für Rehabilitierung und

Schadenersatz wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-

Auktion 2000 und anschließender Diskriminierung und Diffamierung unter

Verantwortung des deutschen Staates

Gericht kann umfangreiches Beweismaterial einsehen

26. Unerträglich: Weitere Diskriminierung und Diffamierung der Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000

O-Ton des Klägers: „Nicht-Leistung nur mit seiner Opferrolle begründet“

Nur „Opferrolle“: Existenz-Grundlage zerstört, Lebensleistung und Lebenswerk

mit Weltklasse-Höchstleistungen zerstört, diskriminiert und diffamiert,

Altersrücklagen vernichtet

27. Zurückweisung aller Klageforderungen

Kläger hat alleinige Verantwortung für Kosten des Rechtsstreits

Ruhen des Verfahrens bis zur Durchführung eines rechtsstaatlichen

Gerichtsverfahrens über Rehabilitierung und Schadenersatz

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf>

**Schriftsatz vom 12.05.2014: Information über verwaltungsgerichtliche Anstrengungen, eine Entscheidung herbeizuführen**

28. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Bürger mit verminderten Rechten deklassiert

Fortsetzung der Diskriminierung und Diffamierung an Verwaltungsgerichten in NRW (14 A 786/14 VG Düsseldorf 5 K 4864/13)

**Schriftsatz vom 03.07.2014: Information über Fortsetzung verwaltungsgerichtlicher Anstrengungen, eine Entscheidung herbeizuführen**

29. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 startet neue Klage am

Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Beiladung von Kläger und Beklagten:

Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz

wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und

anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)

**gegen Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Bundesregierung unter Verantwortung der Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel**

**(Beklagte)**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf>



**Schriftsatz vom 12.März 2017 mit Zurückweisung aller Zwangsmaßnahmen der DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G. mit Antrag auf Prozesskostenhilfe für rechtsstaatliches Verfahren, auf Vollstreckungsschutz und Stundung sozialer Abgaben bis zur Erreichung des grundgesetzlich garantierten rechtliches Gehörs des klagenden Opfers politisch motivierter Zerschlagungen zu Schadenersatz und Rehabilitierung**

**30.** Schuldlose, staatlich erzwungene Altersarmut infolge politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe

Stand März 2017: Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3  
Eskalation zu Sippenzerschlagung: Staatlicher Frontalangriff gegen deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte

mit ständiger Versagung des grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld, für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut, für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf rechtschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod

**31.** Wie in einer Bananenrepublik: Scherbenhaufen einer rechts-beugenden, Menschenrechte verachtenden Justiz am Amtsgericht Mettmann nach rechtswidrigen Ordnungswidrigkeitsverfahren seit 2011 (jahrelanges, juristisches Mobbing)

Strafbarkeit der Rechtsbeugung nach §339 StGB: Rechtsbeugung ist ein Verbrechen, das mit einer Freiheitsstrafe von mindestens einem bis fünf Jahren zu verurteilen ist.

Rechtsbeugung mit Unterdrückung beantragter Rechtsmittel: Verurteilung wegen Verkehrsordnungswidrigkeit aufgrund von Nichtleistung der Beiträge zur privaten Pflegepflichtversicherung ohne Zulassung eines beantragten Berufungsverfahrens und ohne Zulassung von sofortigen Beschwerden zur Verhinderung der Rechtsbeugung

Skrupellose Staatsanwaltschaft manipuliert Gerichtsakten, um Rechtskraft mit Datum vom 29.12.2016 für Rechtsbeugung zu erreichen

„Herrschaft des Unrechts“ in einem sogenannten Rechtsstaat:  
Psychische Zerschlagung des Opfers als Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft unter führender Verantwortung des beklagten Bundeskanzleramtes.

Massive Verletzung von fundamentalen Menschenrechten und deutschen Grundrechten mit totaler staatlicher Diskriminierung nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000.

Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch, Präsentation des Opfers mit vergittertem Polizei-Transporter für Schwerverbrecher zum Gespött von Nachbarn und Passanten, ohne Haftbefehl, ohne Durchsuchungsbefehl, ohne Polizeiausweis, mit exzessivem und tumbem Missbrauch von Staatsgewalt

**32.** Je schwächer der Rechtsstaat, umso stärker der Unrechtsstaat:  
Trotz Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland bis zur Erzwingung einer gigantischen Umverteilungsoperation im Jahr 2000 mit verheerenden Folgewirkungen wie Hartz IV, Agenda 2010, Unternehmens-Genozid im innovationsorientierten Mittelstand unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung

Politisch motivierte Zerschlagungen gegen Angehörige der Kriegsgeneration 1940 (tot) und 1941 (vorgeladen):

Wehrlose Opfer von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe, mit ständiger, verfassungswidriger Versagung von rechtlichem Gehör zu exzessivem und tumbem Missbrauch von Staatsgewalt, mit Versagung von rechtsstaatlichen Verfahren mit anwaltlicher Vertretung, haben Anspruch auf sofortige Härteleistung des deutschen Staates

Daher:

Zurückweisung aller Zwangsmaßnahmen der klagenden DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G. , die seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt mit Antrag auf Vollstreckungsschutz und Stundung sozialer Abgaben bis zur Erreichung des grundgesetzlich garantierten rechtliches Gehörs des beklagten Opfers politisch motivierter Zerschlagungen zu Schadenersatz und Rehabilitierung wegen Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen zu Sippenzerschlagung mit Todesopfer und extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und wegen schuldloser, staatlich erzwungener Altersarmut

**33.** Zerschlagung 4 unter Mitwirkung und Mitverantwortung des klagenden Versicherungsunternehmens ohne Versicherungsleistung seit 2010

2008: Verlustreicher Rückkauf der DEBEKA-Lebensversicherung (Versicherungssumme 61.000 EUR), um monatliche Beiträge der Pflichtversicherungen weiter bezahlen zu können (Anlage DEBEKA-05)  
1968-2010: Premium-Krankenversicherung bei DEBEKA mit stattlichen Einzahlungsraten des Opfers bis 2010

Zerschlagung ist Zielsetzung, um neue Einnahmen generieren zu können.

Daher:

Bis heute verfassungswidrige Versagung von rechtlichem Gehör für politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe  
Seit 2011: Rechtswidrige, schikanierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit Versagung von rechtlichem Gehör für staatlich erzwungene Altersarmut (Mitwirkung der DEBEKA als Zeuge)

17.Juni 2014: Eskalation der OWi-Verfahren zu Freiheitsberaubung mit körperlicher Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch und Vollstreckung gegen Unschuldige mit diskriminierender Rufschädigung durch namenlose Kreispolizei ohne Ausweis, ohne Durchsuchungsbefehl, ohne Haftbefehl gegen einen wehrlosen Rentner der Kriegsgeneration von 1941,

Präsentation des Opfers mit vergittertem Polizei-Transporter für Schwerverbrecher zum Gespött von Nachbarn und Passanten

29.Dez.2016: Skrupellose Staatsanwaltschaft manipuliert rechtsbeugendes Urteil, um dafür Rechtskraft zu definieren

02.März 2017: Obergerichtsvollzieher der DEBEKA terminiert Zwangsvollstreckung wegen Krankenversicherung in nicht nachvollziehbarer Höhe ohne Ankündigung durch DEBEKA

22.März 2017: Verhandlung beim Sozialgericht Düsseldorf, mit oder ohne Anwesenheit des Opfers, gegen eine Versicherung, die nur Einnahmen generieren möchte und sich jetzt mit Zwangsmassnahmen an der finalen Zerschlagung des Opfers beteiligt

Daher Antrag auf Prozesskostenhilfe für rechtsstaatliches Verfahren mit voller anwaltlicher Unterstützung und mit rechtlichem Gehör für staatlich erzwungene Altersarmut infolge politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und

mit Antrag auf Vollstreckungsschutz und Stundung der Beiträge

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf>

**Schriftsatz vom 26.April 2017 mit Stellungnahme zum Schreiben des Klägers vom 07.04.2017 (eingegangen am 18.04.2017)**

**34.** Unerträgliche Heuchelei des längst mitschuldigen Klägers, mitschuldigen Mittäters an politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung: Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5 und paralleler Missbrauch von Staatsgewalt

Unerhört: Sechszweiler des Klägers und Mittäters als  
Antwort auf qualifizierten Vortrag des Klägers mit 139 Seiten und  
Nicht nachvollziehbare, diskriminierender Behauptung von fehlendem  
Sachvortrag

Unerträgliche Heuchelei eines Versicherungsträgers

**35.** Fachanwalt für Versicherungsrecht ist überfordert, um Verantwortung für  
Beteiligung an politisch motivierten Zerschlagungen als Kläger, als Zeuge und als  
Vollstrecker bewerten zu können

Verantwortlich ist der Kläger, der längst mitschuldig geworden ist an den politisch  
motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe  
zur Sippenzerschlagung, nicht der Fachanwalt, der den Kläger nicht mehr  
vertreten kann

Verabscheuenswert und unerträglich: Ein Weiter-so mit Nicht-Sehen, Nicht-  
Hören, Nicht-Wissen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf>

Scroll down after link (page 25)

**Schriftsatz vom 23.Nov.2018 mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach  
SGG 178 a gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018  
und Ablehnungsgesuch gegen die**

**Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG.**

36. Schriftsatz vom 12.März 2017 (Kapitel 30 bis 33) und vom 26.April 2017  
(Kapitel 34 und 35) an die 39.Kammer des Sozialgerichts Düsseldorf  
mit detaillierten Ausführungen über 164 Seiten zu

*Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung  
staatlicher Übergriffe zur*

*bundesweiten Sippenzerschlagung mit*

*Verlust eines Menschenlebens, Freiheitsberaubung mit psychischer  
Folter, Zerschlagung der deutschen Heimat mit Rufmord am Wohnort  
und am Geburtsort,*

*soziale Zerschlagung und kapitale Vermögensschäden,*

*trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers  
mit Weltklasse-Höchstleistungen*

*für digitale Evolution, für Deutschland und Europa*

Rechtliches Gehör vorgetäuscht, mit unerträglicher Anhörungsignoranz völlig  
versagt, mit einer wahrheitswidrigen Darstellung des Tatbestandes, mit  
miserablen Begründung des verfälschten Tatbestandes:

Verfassungswidriger Gerichtsbescheid ist zurückzuweisen

37. Politisch motivierte Sippenzerschlagung

mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe

mit Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer),

mit kapitalen Vermögensschäden,

mit Rufmord und Zerschlagung der deutschen Heimat am Wohnort und  
am Geburtsort,

mit sozialer und psychischer Zerschlagung,

trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers

mit Weltklasse-Höchstleistungen

für digitale Evolution, für Deutschland und Europa.

Mit heimtückischer Umverteilungspolitik und

perverser Zerschlagungspolitik seit 1998:

**Bundespräsident Frank Walter Steinmeier**

Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)

Vergangenheitsbewältigung und nur die Wahrheit!

Immunitätsaufhebung gerichtlich beantragt.

gegen eine Mauer des Schweigens:

23 Wahrheiten mit erdrückender Beweislage.

38. Nicht nur erdrückende Beweislage, sondern auch hochqualifizierte Zeugen für herausragendes Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa:

Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .

39. Perverser Missbrauch deutscher Justiz für soziale und psychische Zerschlagung: Opfer wird zum Täter gemacht trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa

Bewusste Rechtsbeugung offensichtlich > daher:  
Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a  
gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018  
Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht, nach §60 SGG.

Juristische Binsenweisheit: Respekt vor dem Grundgesetz ist Voraussetzung für eine Rechtsanwendung von §105 SGG

Vorwurf schwerer Rechtsbeugung gegen Einzelrichterin mit Strafbarkeit nach §339 StGB

40. Fortsetzung zu perversem Missbrauch deutscher Justiz für soziale und psychische Zerschlagung: Opfer wird zum Täter gemacht trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa  
Kein Weiter so!

Versicherungsträger betreibt in Zusammenarbeit mit einer skrupellosen Staatsanwaltschaft weitere verfassungswidrige Eskalation der sozialen und psychischen Zerschlagung, mit neuen Rechtsanwälten, mit neuen Zwangsverfahren und vermeidbaren Kosten,

Pflegepflichtversicherungsvertrag mit Vertragsnummer 19069451 durch langjährige Beteiligung an politisch motivierter Zerschlagung längst zerrüttet und beschädigt, mit einer kriminellen Degeneration und Umkehr der sozialen Sicherheit zu sozialer und psychischer Zerschlagung, mit schikanierenden Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann seit 2011,

mit Eskalation zu mehrfacher Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft mit einem völlig zerstörten Vertrauensverhältnis des Versicherungsnehmers zum Versicherungsträger

41. Kein Weiter-so mit

perversem Nicht-Sehen, Nicht-Hören, Nicht-Wissen  
Verabscheuenswert, unerträglich und strafbar nach §339 StGB:

Bewusste Rechtsbeugung mit Falsch-Darstellung des Tatbestandes, mit diskriminierender Unterdrückung der Wahrheiten über politisch motivierte Sippenzerschlagung mit Todesopfer und kapitalen Vermögensschäden bis zur staatlich erzwungenen Altersarmut mit Pfändungsschutzkonto

als nachlesbare "Einzelheiten" und als Grundlage für einen miserablen Gerichtsbescheid mit strafbarer Rechtsbeugung

Daher: Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a  
gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018  
Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf>

Scroll down after link (page 42)

**Schriftsatz vom 08.Dez.2018 mit Anfechtung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 (eingegangen am 10.Nov.2018) mit Berufung, weil Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a vom 23.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG ohne Bescheidung durch das Sozialgericht Düsseldorf**

42. Grundlage eines Rechtsstaates ist das Grundgesetz:

Verfassungswidrige Versagung eines Bescheides zum Schriftsatz vom 23.Nov.2018 mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die

Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG  
in Kopie an

Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14),

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf>

Scroll down after link (page 242)

Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf>

Scroll down after link (page 280)

43. Soziale und psychische Zerschlagung: Fortsetzung der politisch motivierten Sippenzerschlagung

mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe

mit Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer),

mit kapitalen Vermögensschäden bis in staatlich erzwungene Altersarmut

mit Benutzungszwang von Pfändungsschutzkonto,

mit Rufmord und Zerschlagung der deutschen Heimat am Wohnort und am Geburtsort,

trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen

für digitale Evolution, für Deutschland und Europa.

Mit heimtückischer Umverteilungspolitik und

perverser Zerschlagungspolitik seit 1998:

**Bundespräsident Frank Walter Steinmeier**

Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)

Vergangenheitsbewältigung und nur die Wahrheit!

Immunitätsaufhebung gerichtlich beantragt,

zusätzlich mit persönlichem Schreiben an den

Präsidenten des Deutschen Bundestags und an den

Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts,

gegen eine Mauer des Schweigens:

23 Wahrheiten mit erdrückender Beweislage.

44. Soziale und psychische Zerschlagung: Fortsetzung der politisch

motivierten Sippenzerschlagung

mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe

trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-

Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa: Nicht nur erdrückende Beweislage,

sondern auch hochqualifizierte Zeugen wie

Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und

EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :

führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .

45. Gerichtsbescheid: Perverser Missbrauch deutscher Justiz für

soziale und psychische Zerschlagung, Fortsetzung politisch motivierter

Sippenzerschlagung

Antrag auf ein rechtsstaatliches Verfahren ohne stichhaltige Begründung unterdrückt.

Statt dessen: Gerichtsbescheid von einer Einzelrichterin

mit Falsch-Darstellungen des Tatbestandes,

mit diskriminierendem Versagen von rechtlichem Gehör zu

heimtückischer Umverteilungspolitik und perverser Zerschlagungspolitik seit

1998 unter Verantwortung führender Politiker in den höchsten Staatsämtern des deutschen Staates

Politisch motivierte Sippenzerschlagung mit kapitalen Vermögensschäden:  
Einzigste Ursache für staatlich erzwungene Altersarmut mit Benutzungszwang  
zu Pfändungsschutzkonto

Juristische Binsenweisheit: Respekt vor dem Grundgesetz ist absolute  
Voraussetzung für eine Rechtsanwendung von §105 SGG und Schutz vor  
Missbrauch von Versicherungsrecht

46. Fortsetzung von perversen Missbrauch deutscher Justiz für soziale und psychische  
Zerschlagung: Opfer wird zum Täter gemacht

trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit  
Weltklasse-Höchstleistungen

für digitale Evolution, für Deutschland und Europa

Kein Weiter so!

Versicherungsträger betreibt in Zusammenarbeit mit einer skrupellosen

Staatsanwaltschaft weitere verfassungswidrige Eskalation der

sozialen und psychischen Zerschlagung,

mit neuen Rechtsanwälten, mit neuen Zwangsverfahren und vermeidbaren Kosten,

Pflegepflichtversicherungsvertrag mit Vertragsnummer 19069451 durch langjährige

Beteiligung an politisch motivierter Zerschlagung längst zerrüttet und beschädigt,

mit einer perversen Umkehr der sozialen Sicherheit zu sozialer und psychischer

Zerschlagung,

mit schikanierenden Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann seit 2011,

mit Eskalation zu mehrfacher Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem

Deckmantel von Erziehungshaft

mit einem völlig zerstörten Vertrauensverhältnis des Versicherungsnehmers zum

Versicherungsträger

47. Kein Weiter-so mit

perversen Nicht-Sehen, Nicht-Hören, Nicht-Wissen

Klage auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz wegen

politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesopfer und  
kapitalen Vermögensschäden bis zur staatlich erzwungenen Altersarmut mit  
Pfändungsschutzkonto

an den den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf

Zurückweisung aller perversen Klagen mit Diskriminierung des Opfers als Täter

Nicht zu beklagen, weil nicht strittig: Rückständige Beiträge der Sozialversicherungen

Wiederholter Antrag: Verrechnung der rückständigen Beiträge der Sozialversicherungen

mit Schadenersatz gemäß Klageforderungen des Zerschlagungsopfers an den

Verwaltungsgerichten

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf>

Scroll down after link (page 92)

**Schriftsatz vom 31.Dez.2018 an das Landessozialgericht mit  
Fortsetzung der Anfechtung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts  
Düsseldorf vom 07.Nov.2018 (eingegangen am 10.Nov.2018) mit  
Berufung, weil Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a vom  
23.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin  
am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG ohne Bescheidung durch das  
Sozialgericht Düsseldorf**

48. Anfechtung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf  
vom 07.Nov.2018 (eingegangen am 10.Nov.2018) mit Berufung durch  
Schriftsatz vom 08.Dez.2018, weil

Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a vom 23.Nov.2018 und

Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht

Daners, nach §60 SGG ohne Empfangsbestätigung und ohne Bescheid

Versagung von rechtlichem Gehör zu Antrag auf rechtsstaatliches

Verfahren, zum Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a und zum

Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht zum

Daners, nach §60 SGG

Diskriminierende Versagung von rechtlichem Gehör zu politisch motivierter

Sippenzerschlagung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe

sozialer und psychischer Zerschlagung seit 2010 mit parallelem

Sozialgerichtsverfahren am Sozialgericht Düsseldorf seit 03.Dez.2012

49. Skandalöse Faktenlage einer seit 20 Jahren andauernden kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der regierenden Generation seit 1998 zugunsten der Automobilbranche: Missbrauch deutscher Justiz für politisch motivierte Sippenzerschlagung mit einer Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden Zerschlagungsopfers:  
 > > > Werk einer skrupellosen, diskriminierenden und diffamierenden Staatsanwaltschaft mit Weisung aus dem Bundeskanzleramt bei Umsetzung einer kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik  
 > wegen eines herausragenden Lebenswerkes des noch lebenden Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa  
 > gegen eine Mauer des Schweigens:  
 23 Wahrheiten mit erdrückender Beweislage gemäß Kapitel 37.  
 Neuer Beweis zum Niedergang der Digital-Branche in 2018:  
 CeBIT-Aus trotz Verlust-Ausgleich mit 250 Mio € Steuergelder staatlicher Anteilseigner im Jahr 2009, nur die Spitze einer katastrophalen Fehlentwicklung

50. Verrechnung sozialer Pflichtversicherungen mit Schadenersatz für politisch motivierte Zerschlagungen: Vom lebenden Zerschlagungsopfer längst beantragt, am Sozialgericht und an den Verwaltungsgerichten immer wieder vorgetragen und begründet. Unerträglich: Soziale und psychische Zerschlagung des lebenden Zerschlagungsopfers mit Anhäufung weiterer Kosten an Sozialgerichten, für unnötige Zwangsmassnahmen und "Bußgelder" mit psychischer Folter, trotz staatlich erzwungener Altersarmut mit Nutzungszwang zu einem Pfändungsschutzkonto, trotz Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers mit einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution in Deutschland und Europa  
 trotz einer erdrückenden Beweislage, trotz hochqualifizierter Zeugen, trotz eines nahestehenden Todesopfers politisch motivierter Sippenzerschlagung

51. Hasskrimineller, verfassungswidriger Missbrauch deutscher Justiz unter der regierenden Generation seit 1998:  
 Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung unter Verantwortung einer skrupellosen, diskriminierenden Staatsanwaltschaft zum Täter gemacht  
 Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung wegen einer nicht stattgefundenen Verkehrsordnungswidrigkeit verurteilt  
 Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung muss Bußgeld bezahlen  
 Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung muss Kosten einer Verwaltungsbehörde tragen, die nicht von ihm verursacht  
 Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung wird wiederholt mit Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erziehungshaft bestraft,  
 trotz staatlich erzwungener Altersarmut mit Nutzungszwang zu einem Pfändungsschutzkonto,  
 trotz Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers mit einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Seit 2010: Soziale Zerschlagung und psychische Zerschlagung durch Amtsgericht Mettmann, Staatsanwaltschaft Wuppertal und Sozialgericht Düsseldorf mit Leugnen entsprechender Kenntnisse  
 > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf>  
 Scroll down after link (page 144)

**Schriftsatz vom 28.Jan.2019 an das Sozialgericht Düsseldorf mit Stellungnahme zur dienstlichen Äußerung der abgelehnten Richterin am Sozialgericht Daners gemäß Ablehnungsgesuch vom 08.Dez. 2018, gemäß formlosen Brief des Sozialgerichts vom 11.01.2019**  
 52. Ablehnungsgesuch vom 23.Nov. 2018 gegen Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG in Verbindung mit §45 ZPO und

Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a  
gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018  
Schriftsatz vom 08.Dez.2018 an das Landessozialgericht mit Anfechtung  
des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018  
(eingegangen am 10.Nov.2018) mit Berufung, weil Rechtsmittel der  
Anhörungsrüge nach SGG 178 a vom 23.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch  
gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG  
ohne Bescheidung durch das Sozialgericht Düsseldorf  
Schriftsatz vom 31.Dez.2018 an das Landessozialgericht mit Fortsetzung  
der Anfechtung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom  
07.Nov.2018 (eingegangen am 10.Nov.2018) mit Berufung, weil Rechtsmittel  
der Anhörungsrüge nach SGG 178 a vom 23.Nov.2018 und  
Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht  
Daners, nach §60 SGG ohne Bescheidung durch das Sozialgericht  
Düsseldorf

53. Mangelhafte dienstliche Äußerung: Beweis für nicht überwindbare  
Befangenheit der Richterin, weil schwere Diskriminierung des  
Zerschlagungsopfers fortgesetzt wird

Dienstliche Äußerung: Ungenutzte Chance zur Überwindung der  
Befangenheit, weil mangelhaft

Mangelhafte dienstliche Äußerung unter dem Einfluss des beklagten  
Bundeskanzleramtes mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft  
Warum unüberwindbare Befangenheit?

Wie hat sich Befangenheit der Richterin am Sozialgericht ausgewirkt?

Wie spiegelt sich die Befangenheit der Richterin am Sozialgericht in der  
mangelhaften dienstlichen Äußerung wieder?

Wechsel der Rechtsanwälte des Versicherungsträgers: Besorgnis tiefster  
Befangenheit der bisher zuständigen Richterin noch größer

54. Tiefste Befangenheit der Richterin als Resultat strafbarer Kumpanei mit  
skrupelloser Staatsanwaltschaft.

Blinder mit Krückstock: "Hier wird getäuscht, was das Zeug hält"

Skandalös: Rechtsanwalt, der aus Altersgründen in 2015 seine  
Anwaltszulassung zurückgegeben hat, als Prozessbevollmächtigter des  
Versicherungsträgers vorgetäuscht. Missbrauch eines Gerichtsbescheides  
zur Vermeidung einer mündlichen Verhandlung, um die Vortäuschung eines  
Rechtsanwalts als Strohmann in heimtückischer Weise zu verbergen  
Wie skrupellos muss eine Staatsanwaltschaft sein, um einen solchen  
Skandal in Kumpanei mit einer Richterin durchzuziehen?

Antrag auf Klärung, ob Versicherungsträger überhaupt informiert.

Offensichtlich: Seriöser Versicherungsträger und renommierte  
Rechtsanwaltskanzlei steigen aus.

Alternativlos: Ablehnungsgesuch mit Nachweis skandalöser Vorgänge  
Kein Weiter so mit

sozialer und psychischer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit , mit  
finaler Zerschlagung nach politisch motivierter Sippenzerschlagung trotz  
herausragendem Lebenswerk des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-  
Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf>

Scroll down after link (page 174)